

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nummer 419.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Telephon Nummer 419.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Große Allee 35/37, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1,60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4069 a 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die vierspaltige Petitzeile oder deren Raum 15 Pfennige, für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfennige, auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Morgens in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 35.

Dienstag, den 11. Februar 1896.

3. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Klassenkampf und ethische Kultur.

Ueber dieses Thema hielt am 28. Januar Herr Dr. Förster, ein ehrlicher Gegner der Sozialdemokratie, der es aber ernst meint mit der Besserung der Lage des arbeitenden Volkes und darum früher oder später noch zu der Partei der Entrechteten und Enterbten überzutreten wird, vor einem sehr zahlreichen Publikum in starkruhe einen Vortrag, den wir in der „Mannh. Volksst.“ wie folgt skizziert finden:

Vor wenigen Tagen, so führte Redner aus, sei in allen Gauen des Deutschen Reiches das Fest der „Einheit“ gefeiert worden. Dieses Fest sei aber kein einheitliches gewesen. Das deutsche Volk sei in zwei Nationen gespalten, von denen keine die andere verstehe. Es sei Aufgabe der heranwachsenden Generation, dies zu ändern. Das könne allerdings nicht durch prunkhafte Feste und phrasenhafte Reden geschehen, sondern durch ethische Erziehung der Menschen. Wenn wir den gegenwärtigen Kulturzustand mit früheren vergleichen, so leuchtet uns einige Hoffnung. Heute hätte man eine Volksmasse, die den Gebildeten geistig und sittlich viel näher stehe als früher. Das Wesen der ethischen Bewegung bestehe darin, den schändlichen Interessenkampf zu überwinden durch Aufklärung derer, die kämpfen. Redner kommt auf England zu sprechen. Dort glaubte man zu Anfang unseres Jahrhunderts, eine Revolution sei unausbleiblich. Man habe sich aber bemüht die Gegensätze auf dem Wege des Friedens zu lösen. Carlyle habe die studierende Jugend aufgefordert, sich um die Arbeiter zu kümmern, ihre Wohnungen und Lebensweise kennen zu lernen. Seine Studirenden ständen heute als Männer im öffentlichen Leben in England. Lord Rosebery habe einmal als Minister des Innern einer Versammlung von Rutschern präsidirt, in welcher die Verkürzung der Arbeitszeit besprochen wurde. Man sollte sich einmal so etwas in Deutschland vorstellen! In England betrachte man die Arbeiter nicht als Rote von Menschen, die nicht werth sei, den Namen Engländer zu tragen. (Beifall.) Er (Redner) wolle nun die Frage aufwerfen, ob in Deutschland eine Verständigung nicht möglich sei. Die Besitzenden sagten, der deutsche Arbeiter sei nicht so, wie der englische. Jede Klasse habe eben die Arbeiter, welche ihr gebühren. Die Gebildeten sollen ehrlich und redlich die Bestrebungen und Ideale der Arbeiter kennen lernen. Die Unkenntniß über die Verhältnisse und Ideale der Arbeiter in den Kreisen der sogenannten Gebildeten sei grauhaft. Jeder, der Anspruch auf Bildung machen wolle, müsse auch die Verhältnisse der Arbeiter kennen lernen. Die käufliche kapitalistische Presse bringe tendenziös entstellte Berichte, welche die Bestrebungen der Arbeiter verhöhn. Wer sich ehrlich unterrichten wolle, möge nur die Berichte der Fabrikinspektion lesen oder in die Versammlungen gehen, wo die Arbeiter ihre Lage besprechen. Die Damen der herrschenden Klasse wüßten nicht, in welchen Höhlen ihre Kleiderstoffe verfertigt werden. Wer sich in diese Zustände des Elends vertiefe, wird nicht länger müßig zuschauen können, sondern ehrlich und redlich bemüht sein, die Löhne und Arbeitsverhältnisse der arbeitenden Klasse zu verbessern. So lange der Arbeiter stumpfsinnig dahinglebe, habe er kein Bedürfnis für die Genüsse der Kultur. Den Arbeiter-Organisationen gebühre Anerkennung dafür, daß sie die Arbeiter in das öffentliche und moralische Leben eingeführt haben. Wer dem Arbeiter keine geistigen Bedürfnisse geben will, soll ihm auch keine Volksschule geben, dann sei er konsequent. Wer aber dem Arbeiter die geistigen Bedürfnisse giebt, soll sich auch vergegenwärtigen, welche Dual es für denselben ist, wenn er die Ungleichheit der Klassen mitansehen muß. Der Vorwurf der Vaterlandslosigkeit sei auf mangelhafte Hineinblicken in die Arbeiterseele zurückzuführen. Wer haben will, daß der Arbeiter sein Vaterland lieben soll, möge erst dafür sorgen, daß er ein Vaterland hat. (Lebhafte Beifall.) Der Arbeiter auf der Landstraße fühle sich in Feindesland. Der Klassenpatriotismus sei das Elendeste, was es giebt. (Beifall.) Die Arbeitslosigkeit treibe den Arbeiter zur Verzweiflung. Der Sozialdemokratie gebühre der Dank der ganzen Nation für die Aufklärung der Arbeiter. Die sozialdemokratische Partei

sei die einzige Ordnungspartei der Gegenwart. (Lebhafte Beifall und einige lange Gesichter.) Redner kritisiert noch die Klassenjustiz und fordert zum Schluß die Gebildeten und namentlich die Studirenden auf, die Verhältnisse der Arbeiter zu studiren. Die Entfittlichkeit der höheren Stände sei heute größer als vor der französischen Revolution. Jeder solle den brutalen selbstsüchtigen Geist der Gegenwart bekämpfen. Wer das nicht thue, mache sich an den elenden Zuständen mitschuldig. (Lebhafte, andauernde Beifall.)

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Ankündigung der neuen Marinevorlage für das nächste Jahr bedeutet, so lesen wir im „Vorwärts“, eine Warnung an die deutschen Wähler. Es handelt sich bei dem sogenannten „Flottenplan“ nicht um hunderte, sondern um tausende von Millionen, und das Ziel ist: den auf dem Lande asmächtigen Militarismus auch auf die See auszudehnen. Nun hat der Militarismus zu Lande uns schon an den Rand des Ruins gebracht — würde er auch auf die See ausgedehnt, so wäre das der sichere Ruin. Das weiß die Majorität des deutschen Reichstages. Und darum hat die Regierung die neue Vorlage nicht für dieses Jahr angekündigt, sondern für das nächste.

Wie die Dinge jetzt stehen, wäre eine Auflösung des Reichstages hoffnungslos — die feindliche Majorität würde durch Neuwahlen nur gestärkt werden. Allein im Laufe eines Jahres hofft man, durch eine systematische chauvinistisch-reaktionäre Agitation einer- und durch Mundtodtmachung der Oppositionspresse, namentlich der sozialdemokratischen, andererseits, für das nächste Jahr günstigere Wahlen vorbereiten zu können.

Gelingt der Streich, gelingt es der chauvinistischen Reaktion, einen für ihre Zwecke geeigneten Reichstag zusammenzubringen, dann begnügt sie sich auch nicht mit dem geplanten finanziellen Monster-Überlaß, dann geht sie auch, um sich gegen einen Rückschlag der Volksstimmung zu sichern, dem allgemeinen Wahlrecht zu Leibe. Es ist die einfachste Logik der Thatsachen, die hierzu zwingt.

Das sächsische Wahlrechts-Attentat ist nur der Anfang, nur das dünne Ende des Keils. Der Keil wird tiefer eingetrieben, und das Reichs-Wahlgesetz, welches der chauvinistischen Reaktion den Weg zu ihren letzten Zielen verrammelt, wird gesprengt, umgestürzt.

Die deutschen Wähler sind rechtzeitig gewarnt. Weißblutung des Volkes für kolonialpolitische Hirngespinnste und Vernichtung des allgemeinen Wahlrechts, das ist's was uns mit dieser Ankündigung in Aussicht gestellt ist.

Die deutschen Wähler werden auf der Hut sein und die richtige Antwort geben.

Mayen. Amtliches Wahlergebnis. Bei der am 4. d. M. im fünften rheinischen Wahlkreise Mayen-Nhrweiler stattgehabten Reichstagsersatzwahl erhielten der Baumshulensbesitzer Wallenborn in Wittburg (Z.) 10 897, Landwirth Peter Kolms aus Oßfendung (Antif.) 539 und Redakteur Hofrichter in Köln (S.D.) 526 Stimmen. Wallenborn ist somit gewählt.

Das Abgeordnetenhaus erledigte am Freitag die Beratung des landwirthschaftlichen Etats. Die Juncker scheinen ihre Klagen jetzt vorläufig eingestellt zu haben, wenigstens wurde über den Nothstand der Landwirtschaft im Osten nicht mehr geklagt. Hauptsächlich kamen Klagen über die Noth in den armen Gebirgsgegenden des Westens zum Ausdruck. Die hierauf folgende Beratung des Etats der Güterverwaltung ist für unsere Leser belanglos, da diese Einrichtung nur ganz bestimmte Kreise interessiert. Die Beratung des Domänen-Etats benutzte Herr von Kardorff, um den Landwirthschaftsminister um Auskunft zu ersuchen, wie es sich mit der Währungsfrage verhalte. Die Absicht des freilustigen Herrn von Kardorff, eine Währungsdebatte herauszubeschwören, ging jedoch nicht in Erfüllung; da der Minister erwiderte, Fürst Hohenlohe werde demnächst im Reichstage eine Erklärung darüber abgeben. Am Sonnabend wurde die zweite Etatsberatung fortgesetzt.

Die Reichstagskommission zur Vorberathung des Bürgerlichen Gesetzbuches ist Freitag gewählt worden und

hat sich sofort konstituiert. Vorsitzender ist Abg. Spahn (Zentr.), dessen Stellvertreter Kauffmann (fr. Volksp.), Schriftführer: Dr. Bachem, Homburg, v. Wolzlegier, Graf Bernstorff, Stadthagen. Außerdem gehören der Kommission an die Konservativen v. Buchta, v. Normann; von der Reichspartei Abg. v. Gütlingen; die National-liberalen v. Bennigsen, v. Cuny, Dr. Einneckerus; freisinnige Volkspartei: Mundel; freisinnige Vereinigung: Schröder; vom Zentrum Dr. Lieber, Dr. Schäbler, Gröber, Verno; ferner Dr. Förster (Antif.); Frohme (Sozd.)

Zu der Budgetkommission des Reichstages erklärte am Freitag nach der Rede des Staatssekretärs Marschall Abgeordneter Richter, die angekündigte Flottenvermehrung berühre überaus peinlich. Abgeordneter Kardorff erklärte, er und seine Freunde hätten es stets für eine Pflicht gehalten, für eine Flottenvermehrung einzutreten. Er erwähnte die jüngsten Vorgänge in Transvaal und die kriegerische Stimmung Englands, deren Eventualitäten wir nicht gewachsen seien. Abg. Massow erklärte, die Konservativen seien bereit, in eine sachliche Prüfung der Frage einzutreten. Abg. Hammacher hielt eine Stärkung der Seemacht für nötig und erbat Auskunft über die Transvaal-Frage. Staatssekretär Freiherr von Marschall erklärte sich bereit, die Frage im Plenum, wo amtliche Stenographen vorhanden seien, zu beantworten, und bat, die Frage dort zu wiederholen. Der Staatssekretär bezog sich auf seine Erklärung, daß eine Aenderung der auswärtigen Politik keineswegs beabsichtigt sei. Abg. Lieber (Z.) betonte, es scheine ihm, daß die geplante Flottenvermehrung zu Intriguen gegen die jetzigen leitenden Personen benützt würde, sogar gegen den jetzigen Reichskanzler. Abg. Bebel (S.D.) war nicht überzeugt davon, daß die auswärtige Politik der letzten Jahre unverändert geblieben ist. Abg. Richter meinte, die Flottenenthufstungen seien in zwei Klassen theilbar: Ehrliche Kolonialschwärmer und gewisse Intriganten. Das Ziel der Letzteren sei darauf gerichtet, den jetzigen Reichskanzler und den Staatssekretär von Marschall zu beseitigen und ein schneidiges Regiment ans Ruder zu bringen. Der Redner fragte den Staatssekretär des Auswärtigen, ob er die Verantwortlichkeit für die Depesche des Kaisers an den Präsidenten Krüger übernehme. Der Staatssekretär erklärte, er übernehme die volle Verantwortlichkeit. In der darauf folgenden Spezialberatung wurden sodann die Titel „Gesandtschaft und Konsulate“ bewilligt.

Wenn der Pastor Naumann in Leipzig sprechen will, so tritt ein hohes Konsistorium in Dresden in Aktion. Dem Vorsitzenden des Leipziger evangelischen Arbeitervereins, einem Pastor, wurde durch Vermittlung des Superintendenten ein „Wunsch“ des Konsistoriums in Dresden mitgetheilt, dahingehend, daß das Konsistorium es höchst ungerne sehen würde, wenn der vom Arbeiterverein für den 28. Februar angekündigte Vortrag des Pastors Naumann aus Frankfurt a. M. wirklich stattfände. Das Konsistorium erachte es für „inopportun“, wenn Naumann in Leipzig sprechen würde, und „wünschte“ deshalb, daß der Vorsitzende seine ganze Autorität geltend machen solle, um diesen Beschluß rückgängig zu machen. Der Vorsitzende besand sich, so kiest man im „Volk“, in einem Konflikt der Pflichten. Als Pastor mußte er dem dringenden „Wunsche“ seiner vorgesetzten Behörde gehorchen, als Vorsitzender des Vereins mußte er über die Freiheit des Vereins wachen. Um eine Lösung dieses Konfliktes herbeizuführen, legten er und mit ihm vier Geistliche, die dem Vorstand angehörten, ihre Aemter nieder. Der zweite Vorsitzende, Maurerpolier Neumann, übernahm nun provisorisch den ersten Vorsitz und es wurde in namentlicher Abstimmung beschlossen, sich dem dringenden Wunsche des Konsistoriums nicht zu fügen, sondern Naumann am 28. Februar sprechen zu lassen. — Das hat nun das Konsistorium davon! Naumann wird jetzt vor einem brechend vollen Hause sprechen.

Gotha. Die Wahl eines zweiten Sozialdemokraten in den Landtag für den wegen Unterschlagung bestrafte Abgeordneten Glaeser ist durch den Ausfall der Wahlmännerwahlen gesichert.

Unter dem neuesten Kurs hat es in dem verflorenen Monat 2381 Mark Geld- und 9 Jahre 4 Monate 4 Wochen und 1 Tag Gefängnißstrafe gehagelt.

Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht des "Lübdecker Volksbote".)

Berlin, 8. Februar.

Aus dem Reichstage. Es hätte nicht viel gefehlt und auch heute wäre es nicht zur Besprechung der wichtigen Initiativ-Anträge gekommen, die wegen der Debatte über das bürgerliche Gesetzbuch nicht wie es sonst üblich ist, schon am Mittwoch, dem eigentlichen Schwerinstage, zur Erledigung kamen. Reichskanzler Fürst Hohenlohe gab nämlich vor Eintritt in die Tagesordnung die angelegentliche Erklärung der Regierung über die Währungsfrage ab, und die Rechte hatte nicht übel Lust, eine große Bimetallistische Debatte daran zu knüpfen. Das Vergnügen, einen weiteren Tag der Erörterung agrarischer Hirngespinnste zu widmen, wurde den Herren aber durch den Widerspruch unseres Genossen Singer genommen. Erörterungen im Anschluß an die Erklärung eines Regierungsvertreter vor Eintritt in die Tagesordnung sind nämlich geschäftsmäßig nur dann zulässig, wenn von seiner Seite widersprochen wird. So müssen sich die Bimetallisten bis Dienstag oder Mittwoch in Geduld fassen. Erst dann können sie über den Beschluß des Bundesraths quittieren, der die Einberufung einer internationalen Währungskonferenz wegen der Aussichtlosigkeit des Unternehmens abgelehnt hat. Damit ist denn auch das zweite der „großen Mittel“ gescheitert, mit denen die Agitatoren des Bundes der Landwirthe hausieren gehen. — Die dritte Lesung des Rickert'schen Antrages auf größere Sicherung des Wahlheimnisses nahm längere Zeit in Anspruch, als sich erwarten ließ. Graf Mirbach fühlte nämlich das Bedürfnis, seine berüchtigte Herrenhausrede gegen das allgemeine Wahlrecht etwas abzumildern und vor allem seine Staatsstreichgelüste, die sich darin so offen gezeigt hatten, nachträglich abzumildern. Viel Erfolg hatte er damit nicht. Weder die Redner des Centrum, Bacher und Lieder, noch der Antisemit Bindewald und der Führer der freisinnigen Vereinigung Rickert brachten seiner Erklärung besonderes Vertrauen entgegen. Unser Genosse Auer klopfte dem Grafen gleichfalls auf die Finger, dann wurde der Antrag Rickert von allen Parteien des Reichstages mit Ausnahme der Konservativen angenommen. — Die Diskussion über den Antrag unserer Fraktion auf Schaffung eines freien einheitlichen Vereinsrechtes wurde heute nicht zu Ende geführt. Sie brachte eine Rede des freisinnigen Rechtsanwalts Träger für einen Antrag seiner Fraktion, der das übliche freisinnige Wasser in unsern Wein gießt. Herr Bachem wünschte Namens seiner Partei ein gemeinsames deutsches Vereinsrecht, hielt aber wie im Vorjahr den Auer'schen Antrag für inopportun. Im Uebrigen fand er scharfe Worte gegen die Bismarck'sche Fez- und Gewaltpolitik und stellte sich damit in auferkennenswerten Gegensatz zu einer faseligen Kapuzinade des Herrn Schall. — Den Schluß bildete eine treffliche Rede unseres Genossen Wueb gegen das Ausnahmerecht, das in den Reichs-

35. Sitzung.

Am Bundesrathsitzung: Fürst Hohenlohe, v. Bötticher, Graf von Posadowsky.

Präsident v. Buol eröffnet die Sitzung um 1 Uhr.

Vor Eintritt in die Tagesordnung nimmt das Wort

Reichskanzler Fürst Hohenlohe zu folgender Erklärung: In Folge der vorjährigen Resolution haben wir eingehende Erwägungen darüber angestellt, inwiefern die Schwankungen des Silberpreises wirtschaftliche Nachteile für uns mit sich bringen. Solche Nachteile sind unzweifelhaft eingetreten für unseren Silberbergbau, der nicht unbedeutend ist, denn er produziert 9 pCt. der gesamten Silbergewinnung der Erde. Durch das Sinken des Silberpreises ist aber die Rentabilität unseres Silberbergbaues in Frage gestellt. Nachteile entstehen aber auch für unseren Export nach Silberwährungsändern. Die Schwankungen des Silberpreises müssen auch den Export in Mitleidenschaft ziehen. Ich unterhalte die Bedeutung dieser Frage nicht, aber man wird sie auch nicht zu hoch anschlagen dürfen, denn unser Export hat sich trotz der Schwankungen des Silberpreises im Ganzen gehealthig entwickelt. Eine Gefährdung unserer Währung ist jedenfalls nicht eingetreten. Gleichwohl scheint die Hebung des Silberpreises uns nach wie vor als ein erstrebenswertes Ziel. Es waltet jedoch kein Zweifel darüber, daß dieses Ziel sich nur durch internationale Vereinbarung erreichen läßt, und zwar nur dann, wenn zwischen sämtlichen an der Währungsfrage beteiligten Staaten Einverständnis besteht. Zu einer solchen aber bietet sich zur Zeit keine Aussicht. Als Voraussetzung einer solchen wäre die Wiedereröffnung der englischen Münzhütten in Indien anzusehen. Auf Grund eines vorläufigen Meinungsaustausches, der in Folge einer auf meine Weisung an die englische Regierung gerichtete Frage erfolgt ist, haben wir die Ueberzeugung gewonnen, daß auf die Wiedereröffnung der Münzhütten nicht zu rechnen ist. Es läßt sich daher auch nicht erwarten, daß eine internationale Vereinbarung über die Verwertung einer Währungskonferenz zu Stande kommen kann. Es scheint daher auch nicht angebracht, daß Deutschland die Initiative zur Verfassung einer solchen ergreife. Von dieser Ueberzeugung geleitet, haben die verbündeten Regierungen beschlossen, dem vorjährigen Beschlusse des Reichstages keine Folge zu geben. (Beifall links.) Ich kann dem noch hinzufügen, daß, wenn von einer anderen Seite eine Erfolg versprechende Anregung gegeben werden sollte, wir gern bereit sein werden, einer solchen unsererseits Folge zu geben. (Beifall.)

Graf Mirbach (R.) beantragt die Bejagung dieser Erklärung (Eine solche ist nur zulässig, wenn Niemand im Hause widerspricht.)

Singer (S.): Ohne das Recht des Hauses anzuzweifeln, sofort in eine Besprechung einzutreten, nachdem ein Regierungsvertreter gesprochen oder eine Erklärung abgegeben hat, erhebe ich heute Widerspruch, weil ich nicht wünschen kann, daß durch diese Besprechung dem Hause ein Tag zur Erledigung wichtiger Initiativ-anträge wieder entzogen wird.

Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte, in der die Abgg. Rickert, Dr. Barth, Hammacher und Friesen F) erklären, daß sie nicht widersprechen, wenn der Gegenstand am Montag oder Dienstag auf die Tagesordnung geht, verläßt das Haus diesen Gegenstand und tritt in die Tagesordnung ein.

Am ersten Stelle steht die dritte Beratung des Antrages Barth-Rickert (Sg.), betr. die Abänderung des Wahlgesezes im Sinne besserer Sicherung des Wahlheimnisses.

In der Generaldiskussion bemerkt Graf Mirbach (R.), er habe die vor acht Tagen hier zitierten Aeußerungen im Herrenhause lediglich für seine Person gethan. Die konservative Partei habe noch keine Veranlassung gehabt, zu der Frage einer Aenderung des Wahlrechts Stellung zu nehmen. An einen Staatsstreich habe er jedenfalls bei seiner Herrenhausrede nicht gedacht. Wollte man an eine Aenderung des Wahlrechts herantreten, so müsse man zunächst die Altersgrenze für das aktive und passive Wahlrecht höher setzen, dann aber vor Allem die öffentlichen an Stelle der geheimen Stimmgabe einführen, denn die geheime Wahl sei das Uebelste zu welcher, giftiger Agitation der aller schlimmsten Art. (Achen links.) Redner verliest, daß viele Freunde seiner Ansichten im Hause saßen, die nur nicht den Mut hätten, so offen wie er damit hervorzutreten. Er sei übrigens auch überzeugt, daß eine Aenderung des Wahlrechts in nächster Zeit nicht erfolgen werde. Zu einer Initiative in dieser Richtung hätten seine politischen Freunde keinen Anlaß.

Bacher (S.): Wir gebeten auf die Angriffe gegen das geltende Wahlrecht durch die Thut zu antworten, durch die Zustimmung zum Rickert'schen Antrag. Die Angriffe gegen das „geheim“ Wahlrecht durch den Grafen Mirbach sind mir ganz unverständlich. Ein Mann, der in meiner Gegenwart für 1 Mk. seine Stimme verlaufen wollte, den wußten wir moralisch überhaupt nicht mehr zu qualifizieren. Wir sind Begner der öffentlichen Stimmgabe, weil die Reichthümer Mißbrauch treiben würden.

Rickert (Sg.): Was hat Graf Mirbach mit seinen Angriffen gegen das geltende Wahlrecht gemeint, wenn nicht den Staatsstreich? Möge er mir darauf antworten. Wo ist denn die Partei, die Stimmen kauft? Nach den offiziell festgestellten Fällen eines solchen Stimmenkaufs ist es nicht zweifelhaft. Grade die Leute auf dem Lande werden wie Stimmvieh zur Wahl getrieben. Der einzige Schutz dagegen ist noch das geheime Wahlrecht.

Graf Mirbach (R.): Ich gebe zu, daß ich im Herrenhause mit einer gewissen Lebhaftigkeit gesprochen habe. Wir waren in Erregung, weil die Ehre des Fürsten Bismarck abgelehnt war. Wir wünschten in der That damals eine Auflösung des Reichstages, und wenn die Aufführungen zwei, drei Mal wiederholt worden wären, so wäre wohl ein Reichstag zu Stande gekommen, der auch der Frage des Wahlrechts näher getreten wäre. Wollten Sie das Staatsstreich nennen? Bei allen Parteien ist Stimmenkauf vorgekommen.

Bindewald (Antis.): Die konservative Partei thut sehr klug daran, daß sie sich nicht auf den Standpunkt des Grafen Mirbach stellt. Würde sie das thun, so würden ihr nur wenige Sitze hier im Hause bleiben. Das Volk läßt sich nicht mundtot machen. Das Volk ist mündig und will seine freie Meinung sagen. Wir müssen die Ansichten des Grafen Mirbach zurückweisen, weil uns das Wohl des Volkes näher liegt als das Wohl einzelner Interessengruppen.

Auer (S.): Wenn Graf Mirbach auch nur für seine Person gesprochen hat, so bin ich doch überzeugt, daß seine Meinung in weiten Kreisen der konservativen Partei getheilt wird. Die anderen Herren haben nur nicht den Mut, das so offenerherzig zu sagen. Wenn Graf Mirbach von Bestechungsverfuchen bei Wahlen gesprochen hat, so muß ich sagen: Keine Partei ist dabei nicht befreit. Die Wahllisten ergeben, daß überhaupt nicht alle Parteien Bestechungen veruchen, aber grade die, der Graf Mirbach sehr nahe steht. Die Leute, die sich bestechen lassen, will ich auch nicht in Schut nehmen, aber ich muß sagen: Derjenige, der besticht, ist der bei Weitem Schlimmere. Graf Mirbach hat sich für Verschlebung der Altersgrenze ausgesprochen, und zwar auf Grund eigener Erfahrung. Nun, es giebt Leute, die seinen Ansichten, wo er älter geworden ist, auch noch nicht besondern Geschmack abgewinnen können. (Heiterkeit.) Ich möchte ihm aber erwidern, es sind nicht Alle in der Welt ihres Vater so vorichtig gewesen, daß sie von ihm ein paar Mittergüter und einen gefüllten eisernen Geldsack geerbt haben. Ein Arbeiter, der sich schwer durch's Leben schlagen muß, ist eben mit 25 Jahren reifer und politischer, als ein Angehöriger der sogenannten „goldenen Jugend“, der sich nur für Hunde, Pferde und Weiber interessiert. Graf Mirbach ist gegen die geheime Abstimmung. Aber selbst das neue sächsische Wahlgesez schlägt die geheime Abstimmung vor. Ich möchte Ihnen empfehlen, machen Sie doch die Befreiung der geheime Abstimmung zu Ihrer Wahlparole, die Herren von der Rechten werden dann hier im Hause sofort verschwinden. (Beifall links.)

Dr. Lieder (S.): Ich bin Graf Mirbach dankbar, daß er es endlich an der Zeit gefunden hat, seine Stellung zum allgemeinen Wahlrecht hier einmal auszusprechen. Herr Mirbach erzählte uns eine Geschichte von einem Mann, der mit Mk. 20 bestochen worden sei. Er habe diesem den Rath gegeben, die Mk. 20 zu behalten und doch zu stimmen, wie er wolle. Ich kann diesen Rath hier sichtlich nicht würdigen und bin so frei, den Grafen Mirbach für besser zu halten, als den Ruf, in den er sich hier selbst stellt. Herr Graf Mirbach sprach von Bestechungen. Der Abg. Auer, mein Freund Bacher und Herr Rickert haben für ihre Parteien jeden Bestechungsverfuch zurückgewiesen. Vielleicht ergänzt der Herr Graf seine Ausführungen und sagt, wer besticht, Graf Mirbach will bei seiner Herrenhaus-Rede nicht an den Staatsstreich gedacht haben, sondern er habe Alles auf verfassungsmäßigem Wege erreichen wollen. Wahrscheinlich hat Alexander der Große den gordischen Knoten auch auf verfassungsmäßigem Wege durchhauen.

Graf Mirbach (R.): Bei meiner Aeußerung über Wahlbestechung dachte ich an die Wahl des Abgeordneten Dirichlet im Jahre 1881; dem Abgeordneten Lieder bemerkte ich, daß ich meinen Anspruch im Herrenhause so interpretir habe, daß ich mit dem Durchhauen des gordischen Knoten nur die schnelle Lösung einer schwierigen Frage im Auge hatte und an das Schwert dabei nicht gedacht habe. Ich brauche es mir nicht gefallen zu lassen, daß mir etwas Anderes untergeschoben wird.

Richter (Sg.) befreit entschieden, daß bei der Wahl Dirichlets im Jahre 1881 eine Bestechung vorgekommen sei. Graf Mirbach sollte sich doch geniren, hier so allgemeine Verbächtigungen auszusprechen.

Dr. v. Marquardsen (R.) konstatirt aus seiner Erfahrung in der Wahlprüfungskommission, daß von Bestechungsverfuchen so gut wie keine Rede war. Er könne nicht begreifen, wie Graf Mirbach Bestechungen als etwas Alltägliches hinstellen könne.

Die Generaldiskussion wird geschlossen; in der Spezialdebatte ergreift Niemand das Wort.

Der Antrag Rickert wird gegen die Stimmen der Konservativen angenommen.

Es folgt die Beratung des Antrages Auer, die am Mittwoch voriger Woche abgebrochen worden war, in Verbindung mit dem Antrag Ander (Sg.), betreffend das Vereinigungs- und Versammlungsrecht und das Recht der Koalition, bezw. das Vereins- und Versammlungsrecht.

Träger (Sg) befürwortet den Antrag Ander, der vor dem sozialdemokratischen Vorzug habe, daß er sich nur als ein Nothgesez charakterisire und für Jeden annehmbar sei, der Vereins- und Versammlungsfreiheit wolle. Der Antrag Ander lautet nämlich:

Einziges Paragraph des Vereinsgesezes: Alle Deutschen sind berechtigt, ohne vorgängige obrigkeitliche Erlaubniß Vereine zu bilden und sich unbewaffnet in geschlossenen Räumen sowie auf Privatgrundstücken, auch unter freiem Himmel zu versammeln. Auch sind die Vereine berechtigt, mit anderen Vereinen zu gemeinsamen Zwecken in Verbindung zu treten. Die Bestimmungen der Reichsdruckergeseze, der Reichsmilitärgeseze, desgleichen die Bestimmungen der Landesgeseze über die Ueberwachung von Zusammenkünften bleiben unberührt.

Das Wichtigste ist für uns die Aufhebung des Verbots des Zusammenbringens. Abg. Auer hat schon das Schicksal erwähnt, daß seine Partei durch Herrn v. Müller getroffen hat. Jede Partei, die erfolgreich wirken will, muß daran denken, sich von dieser Fessel zu befreien. Die Bestimmung muß ja umgangen werden, doch das ist nicht das Schlimmste. Die Beschänkung fordert gradezu zur Willkür heraus und nicht schädigt das Rechtsbewußtsein des Volkes mehr als die Anwendung des allgemeinen Rechts als Ausnahmerecht. Die Kaiserliche Maßregel war überdies von unglaublicher politischer Anzuchtigkeit dikirt. Das Demoskesschwert hängt schließlich über alle Parteien. Heute sind die sozialdemokratischen Vereine, morgen vielleicht die katholischen Gesellschaften bedroht. Der Erweiterung der Frauenrechte steht wohl auch nichts im Wege; die Bestimmung, daß Frauen nicht an Versammlungen von Vereinen auch geselliger Natur teilnehmen dürfen, muß befreit werden. Diese Gesezesbestimmung läuft dem Naturgeseze „Kein Vergnügen ohne Damen“ direkt zuwider. Vernünftigerweise ist die Polizei so klug und einsichtsvoll, gewöhnlich ein Auge zuzubräuen, daß sie es aber ab, so dient diese Bestimmung stets dazu, mißliebigen Vereinen einen Strick zu drehen. (Beifall links.)

Dr. Bacher (S.) spricht sich auch für Vereinigungs- und Vereinsfreiheit aus und beklagt die Mäßigkeitsregel der sozialdemokratischen Vereine und des Parteivorstandes durch den Minister von Müller. Ich sehe nicht an zu erklären, daß, wenn das Gericht die Polizeimaßregel bestätigt und die Herren bestraft werden, die preussische Verwaltung verpflichtet ist, gegen jede andere Partei, in der sich ähnliche Organisationen befinden, ohne Ansehen der Person strafrechtlich vorzugehen. (Beifall links und im Centrum.) Gewiß ist es nicht anzuschließen, daß ein Mann im Geiste des Herrn von Müller auch den Katholikentag verbieten könnte, aber vorläufig sehe ich keine Gefahr. Ich halte es nach wie vor für aussichtslos, zu einem vernünftigen Vereinsrecht in Deutschland auf dem vorgeschlagenen Wege zu kommen. In der vorliegenden Form könnten wir den Auer'schen Antrag nicht annehmen, wir müßten ihn in eine Kommission verweisen und dort Abänderungsanträge stellen. Die Geschäftslage des Reichstages schließt es aber aus, daß die Kommission ihre Arbeiten beendet. Man nehme es uns daher nicht übel, wenn wir gegen den Antrag Auer und Träger stimmen. Beschänkungen im Vereinsrecht erscheinen uns notwendig, für schrankenlose Vereinsfreiheit, wie sie beiden Anträgen gemeinsam ist, können wir uns nicht erklären. Ich will das Weib nicht absolut vom öffentlichen Leben ausschließen, aber der Satz, daß die Frau in politischen Angelegenheiten zu schweigen habe, folgt aus der Natur des Weibes, wie Gott es geschaffen hat. Kein Sozialistler hat jemals auch nur in Frage gestellt, ob das Weib eine Seele habe. In den Kirchenvätern ist Kollege Auer denn doch nicht beschlagen. (Heiterkeit.) Dabei erachten wir das Weib durchaus nicht für minderwertig, sondern nur anders geartet, als den Mann: eines schickt sich nicht für Alle. Das Recht für die Arbeiterin, wirtschaftliche Vereine zur Eringung besseren Lebensbedingung zu bilden, wird von uns nicht bestritten. Auer hat mit ganz berechtigtem Spott auf die Zerrissenheit der verschiedenartigen Vereinsrechte hingewiesen. Aus diesem Grunde beantragen wir für die zweite Lesung folgende Resolution:

„Zur Erwägung, daß der Entwurf des Bürgerlichen Gesezbuches die privatrechtliche Seite des Vereinswesens einheitlich zu regeln vorschlägt, den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dem Reichstage möglichst bald einen Gesezentwurf vorzulegen, der die öffentliche rechtliche Seite des Vereinswesens, sowie des Versammlungsrechtes für das ganze Deutsche Reich einheitlich regelt.“

Es kann nicht Sache des Reichstages sein, Gesezentwürfe von solcher Tragweite anzuarbeiten. Ein einheitliches und freies Vereinsrecht verlangen wir von der Regierung. Je mehr eine Vorlage des Bundesrathes etwa dem freieitlichen Vereinsrecht Württembergs, das sich bewährt hat, entspricht, desto sympathischer werden wir ihr gegenüberstehen. Zur Bekämpfung der Sozialdemokratie darf das Vereinsrecht nicht dienen. Von Polizeimiteln erwarten wir nichts, Alles nur vom geistigen Kampfe. Den besten Beweis für die Vorrücktheit dieser Praxis bietet Köln, wo von einer Organisation der sozialdemokratischen Vereine nicht die Rede ist. Und dennoch ist es uns nur durch das Mittel der freien Rede gelungen, Massen von Arbeitern zurückzuführen auf die Bahn der Loyalität. Während wir früher stets in der Stichwahl mit der Sozialdemokratie haben ringen müssen, ist es uns im vorigen Jahre gelungen, beim ersten Wahlgange durchzudringen. Die Sozialdemokratie muß überwunden werden, schon im Interesse des christlichen Staates. Aber der Gedanke, sie zur Verzweiflung und dadurch zur Rebellion zu treiben, ist gradezu frevelhaft und vergiftend für das deutsche Volksleben. Mit dem Grundsatz: „Wenn Zwei dasselbe thun, ist es nicht dasselbe“, kommt man hier nicht durch. (Bravo! im Centrum.)

Schall (S.): Der Abg. Auer hat offenbar den Fürsten Bismarck beleidigen wollen, als er von „abgrundtiefer Gemeinheit der Bestimmung“ sprach. Diese Beleidigung weisen wir mit Entkräftung zurück. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Sie vertritt das deutsche Volk in seinen innersten Gefühlen. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Da können Sie sich nicht wundern, wenn man sich fragt, ob man Ihnen noch das gleiche politische Recht zubilligen darf, wie anderen Parteien. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Redner verweist auf die Resolution einer Hamburger Versammlung, die gegen die Umsturzelüste der Sozialdemokratie Beschänkung des Wahlrechts gefordert habe. Redner kritirt den Auer'schen Antrag. Wer am öffentlichen Leben teilnehmen wolle, der müsse trocken hinter den Ohren sein, kein grüner Junge. Die Frau gehört beruflich und bestimmungsmäßig in's Haus. Das Weib schweige in der Gemeinde; der Mann ist des Weibes Haupt, sind Bibelworte. Vielleicht kommen die Sozialdemokraten zu ihren Anschauungen über das Frauenrecht, weil sie Alle unter dem Pantoffel stehen. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Daß eine Frau auf dem evangelisch-sozialen Kongreß gesprochen hat, hat durchaus nicht allen Christen gefallen. Durch die Theilnahme der Frauen am öffentlichen Leben würde das Haus zur Hölle gemacht werden. Das Auftreten der Frau Klara Zetkin auf dem Breslauer Parteitage kann uns auch nicht grade Luft machen, den Frauen politische Rechte zu geben. Ebenso war es mit dem Auftreten der Frau Steinbach. Goethe sagt zwar: Das Ewig-Weibliche zieht uns hinan. Aber durch solche Reden wird Niemand höheren Geisteschwung erhalten. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Redner verweist auf den Fall Jochem, als eine Illustration dafür, wie es im Zukunftsstaate aussehen wird. Vernünftige Frauen haben überhaupt nicht den Wunsch, am öffentlichen Leben theilzunehmen. Diejenigen Frauen sind die besten, von denen man am wenigsten spricht. Ich bestreite dabei die Existenz einer Frauenfrage durchaus nicht. Das ist der Nothstand unserer Zeit, daß wir einen solchen Ueberfluß von Jungfrauen haben, die keine Versorgung finden. Ich bin deshalb für eine Junggefallenfeuer. (Heiterkeit.) Auch habe ich nichts gegen weibliche Aerzte und Fabrikinspektoren. Aber in's politische Leben dürfen sie nicht gezogen werden. Der schönste Ruhm einer deutschen Frau werden immer ihre Kinder sein. (Bravo! rechts.)

Wueb (S.): Auf die Nachmittagspredigt des Herrn Vorredners will ich nur mit zwei Bemerkungen eingehen: Daß er die Anschauungen Bismarck's hier vertheidigt, der die Angehörigen der größten Partei Deutschlands auf die Barrikaden treiben will, ja daß er im gewissen Sinne noch päpstlicher als der Papst ist, braucht bei dem Angehörigen eines Priesterthums nicht Wunder zu nehmen, das nun schon glücklich auf dem Standpunkt: „Ave, Caesar, morituri te salutant, angelangt ist. (Sehr gut! links.) Daß er sich aber heute in Schergen über die Ehe im Zukunftsstaate vertheilt hat, muß einigermaßen fonderbar erscheinen. Flora Graf ist doch eine solche Berühmtheit (Heiterkeit links), daß ein Angehöriger der Rechten besser thäte, sich hier nicht als Sittenrichter-

ausfüllten. Auf die übrigen Geistreichigkeiten des Herrn Schall will ich nicht eingehen, ich benutze lieber die Gelegenheit, hier einmal die unhaltbaren Zustände in Elsaß-Lothringen zu beleuchten und an ihnen die Nothwendigkeit einer einheitlichen Regelung des Vereinsrechtes zu erweisen. Als der Abg. Cosbus jüngst Elsaß-Lothringen mit Sibirien verglich, lachte man auf den Bänken der National Liberalen. Ich nehme zu Ehren der Herren an, daß sie die thatsächlichen Verhältnisse nicht kennen. Zum Vachen ist wirklich kein Grund vorhanden. Der Vergleich Elsaß-Lothringens mit Sibirien trifft vollauf zu. Mir drängt sich ein anderer Vergleich auf. Von der Anwendung der Mißverordnungen in den Kolonien hat das deutsche Volk gehört und sich darüber entrißtet. Elsaß-Lothringen aber hat die Schläge der Mißverordnungen des Ausnahmengesetzes zu empfinden. Mit diesen Knebelgesetzen den Patriotismus anzufachen ist eine Sisyphus-Arbeit. Und nun denken Sie sich die Handhabung dieser Gesetze durch Herrn von Köller, diesen Staatsmann par excellence. Die strengen Bestimmungen erstrecken sich auf alle möglichen Vereine, auch auf die unwürdigsten Gesang-Vereine. Es herrscht die absolute Willkür. Man hat uns gesagt, wir leben in einem Kulturstaat. Wo denn? Mit solchen drastischen Gesetzen wollen Sie uns das pfausibel machen? Das französische Volk hat, als es das napoleonische Joch abgeschüttelt hatte, diese Gesetze sofort abgeschafft, weil es sich ihrer gescheut hat. Wir Elsaßer aber müssen in dem Kulturstaat, der sich Deutsches Reich nennt, weiter unter ihnen schmachten. Man will uns ja auch nicht germanisieren, sondern Alles geschieht unter dem Gesichtswinkel uns zu verpreußen. Mit dem Recht der Koalition steht es nicht anders. Dabei sind die Zustände derart, daß, wenn irgendwo, das Koalitionsrecht in Elsaß-Lothringen notwendig ist. Wenn man uns im Elsaß einmal eine Versammlung erlaubt, zur Erörterung wirtschaftlicher Dinge, wird uns die Nennung der Namen des Fabrikanten verboten. Meistentheils werden die Versammlungen aber überhaupt verboten, die eine, in der ich über das Fabrikantenpatent reden, die zweite, in der ich vor leichtsinnigen Streiks warnen wollte. Zum Steuerzahler werden die Sozialdemokraten auch im Elsaß, wie anderswo, herangezogen. Aber über die Steuerhebung darf in Versammlungen nicht gesprochen werden, das gilt für staatsgefährlich. Auch die Verichterstattung über die Verhandlungen des Reichstages wird soviel wie möglich zu verhindern versucht. Mir wurde eine Versammlung aufgestellt, als ich aus dem stenographischen Bericht eine Stelle verlas. Dem Abg. Webel ist ja in Straßburg auch seine Verichterstattung verboten, er konnte in diesem Jahre nicht einmal in Vaden reden. Man verbot ihm dort die Versammlung aus einem Sittlichkeits-Paragrafen. Wie hat man uns gelegentlich der Ermordung des Fabrikanten Schwarz chikanirt! Ich will heute nur konstatieren, daß schon drei Tage nach dem Morde der Polizeikommissar Bahn festgestellt hatte, daß es sich um kein Komplott, sondern nur um die That eines Einzelnen handelte, was auch für jeden, der die Persönlichkeit des Mörders kannte, klar war. Da kam aus irgend einem Jagdrevier ein Telegramm des Inhaltes: „Wieder ein Opfer der sozialdemokratischen Revolutionsbewegung“, und nun wurde ein Treiben gegen die Sozialdemokratie eröffnet, wie es schlimmer nicht gedacht werden kann. Ich konnte mich vor Hausdurchsuchungen gar nicht retten. Eine Versammlung, in der wir gegen diese Behandlung protestieren wollten, wurde uns natürlich verboten. (Hört, hört, links.) Wir mußten uns mit Noth bewehren lassen und durften nichts dagegen sagen. Ich frage Sie nun, ob es der Ehre des Deutschen Reichs entspricht, wenn deutsche Staatsbürger ins Ausland gehen müssen, um Anschuldigungen, die ihnen von allerhöchster Stelle ins Gesicht geschleudert werden, zurückzuweisen. Ich bin damals nach Basel gegangen und habe dort in einer großen Versammlung von Elsaßern und Schweizern den Fall erörtert. Herr Wachen sagte einmal, es gab eine Zeit, wo die katholischen Vereine im Elsaß noch schlechter behandelt wurden, als wir. Das ist vorüber, war auch nie ganz richtig. Aber eine Zeit lang sind diese Vereine scharf angefaßt worden. Herr Wachen hätte also alle Veranlassung hier mitzutun und ein neues Kulturlande würdiges Vereinsgesetz zu schaffen. Jetzt werden ja die katholischen Versammlungen mit dem Kufe eingeleitet: „Wir treten tren zu Kaiser und Reich!“ Es gab doch aber auch eine Zeit, wo Freiheitsbäume eingeweicht wurden. In Straßburg bestehen Vereine aller Parteien, nur kein sozialdemokratischer. Der ist verboten. Aber auch die anderen Vereine werden chikanirt, freilich zieht man sie auf der anderen Seite wieder hervor, wenn es sich um Fackeltragerien und sonstigen patriotischen Klimate handelt. In Kolmar haben erfreulicher Weise einzelne Vereine diese letzten Zimmungen wegen der sonstigen Chikanen abgelehnt. In letzter Zeit haben die Ausweisungen aus dem Reichslande Aufsehen erregt. Man schießt da mit Kanonen nach Spozen. Man hat im Elsaß sowohl Militär- und Gensdarmarie, daß durch solche Hindernisse, wie sie Herr Noack-Dollfuß getrieben, das Vaterland nicht in Gefahr kommt. Größere Willkür als in diesem Falle herrscht aber noch bei Ausweisungen von Arbeitern. Man will uns in jeder Beziehung verpreußen und ich möchte die süddeutschen Kollegen scharf machen, daß sie die preussische Regierung nicht halten und walten lassen, wie sie will. Die Süddeutschen haben das Elsaß doch auch mitgehört. In nächster Zeit werden Sie den Erinnerungstag an die Annexion feiern, aber das Elsaß-Lothringische Volk hat keine Veranlassung, sich über die Annexion zu freuen, so lange es unter den Knebelgesetzen schmachtet. Wenn wir ihre Aufhebung verlangen, so fordern wir sie nicht um unserwillen. Die Sozialdemokratie ist trotz Sozialistengesetz mächtig angewachsen, sie kann auch trotz aller Manövergesetze für sich Propaganda machen. (Unruhe rechts.) Ich weiß, daß Sie die Wahrheit nicht gern hören, um so mehr fühle ich mich verpflichtet, sie Ihnen hier zu sagen. Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Hierauf wird ein Vertagungsantrag angenommen

Nächste Sitzung: Montag 1 Uhr, Tagesordnung: Gewerbe-Novelle. Etat des Reichs-Kongresses.

Schluß 5 Uhr.

Lübeck und Nachbargebiete.

10. Februar.

Verepreußt Lübeck? Neuerdings schreibt Eugen Richter in seiner „Freis. Btg.“:

„Lübeck hat in der That für die Zucker-vorlage gestimmt, ebenso wie früher für die Tabaksteuer, die Weinsteuer usw. Der Senat von Lübeck befindet sich vollständig im Schlepptau des Herrn Miquel und erhofft aus seiner Gefolgschaft finanzielle Vortheile von dem preussischen Nachbarn. Die Hansestädte Bremen und Hamburg hatten bisher den Lübecker Vertreter als gemeinsamen Vertreter im Bundesrath bestellt. Bei der Abstimmung über die Zuckersteuervorlage kam derselbe unter Heiterkeit der ehrwürdigen Versammlung in die Lage, einmal mit Ja und für Hamburg und Bremen zweimal mit Nein zu stimmen. Nunmehr ist durch den Tod Krügers eine Vakanz entstanden. Wie es heißt, sind Hamburg und Bremen nicht geneigt, sich fernerhin von dem Vertreter Lübecks im Bundesrath mitvertreten zu lassen. Lübeck wird dadurch genöthigt, einen eigenen Vertreter für seine eigenartige Wirtschaftspolitik in Berlin zu unterhalten. Hat überhaupt die Aufrechterhaltung der

Selbständigkeit eines Staatswesens noch einen Sinn, wenn dessen Regierung glaubt, derartig, wie es im Senate Lübecks der Fall ist, überall an die Politik eines größeren Nachbarstaates gekettet zu sein?

Veider hat Eugen Richter nur zu Recht!

Der hiesige „General-Anzeiger“ als Eideshelfer der sächsischen Wahlrechtsattentäter. Generalstumm entblödet sich nicht den Wehnert, Schill und Konforten, welche ein total plutokratisches Wahlsystem in Sachsen einführen wollen, beizuspringen. Der „General-Anzeiger“ schreibt nämlich am Schlusse seines Leitartikels in der Sonntagsnummer:

„Zur richtigen Würdigung des Vorschlages muß man sich daran erinnern, daß derselbe vor Allem eine Antwort bildet auf die Vorstöße der sächsischen Sozialdemokraten im Sinne einer Einführung des Reichstagswahlrechts für die Landtagswahlen.“

An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen! Die Wehnert, Schill und „General-Anzeiger“ — ein niedliches Kleeblatt! Es fehlt nur noch Basilio aus dem Adreßhause.

Testamentsverlesung. In öffentlicher Sitzung des Amtsgerichts am Mittwoch, den 12. Februar werden verlesen werden: 1. das Testament des am 19. Januar 1896 zu Könnau verstorbenen Müllers B. F. Brythien (Bentzien); 2. das Testament der am 28. Januar 1896 hier selbst verstorbenen Ehefrau des Privatmannes G. H. Schlichting, Dorette F. C. geb. Köhr; 3. das Testament des hier selbst am 4. Februar 1896 verstorbenen Privatmannes J. H. L. Dettmann.

Eintragung in das Handelsregister. Am 8. Februar 1896 ist eingetragen: Auf Blatt 290 bei der Firma: C. Pfaff. Die Firma ist erloschen; das Geschäft ist ohne die Firma auf Blatt 1891 eingetragene Firma H. Pfaff übergegangen. Auf Blatt 1891 die Firma: H. Pfaff. Ort der Niederlassung: Lübeck. Inhaber: Hermann Heinrich Richard Pfaff, Apotheker in Lübeck. Das Geschäft ist bisher unter Blatt 290 eingetragen, jetzt erloschenen Firma C. Pfaff geführt.

In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmannes Louis Joseph in Lübeck ist Termin zur Prüfung nachträglich angemeldeter Forderungen auf den 28. Februar, Vormittags 11 Uhr anberaumt worden.

Stadtwaflerkunst. Wegen Herstellung von Anschlußleitungen für das neue Gerichtsgebäude wird die Wasserzufuhr nach der Vorstadt St. Gertrud, sowie nach den Grundstücken der großen Burgstraße, der kleinen Gröpelgrube und der Kaiserstraße morgen (Dienstag) früh von 6 bis 10 Uhr eingeschränkt beziehungsweise ganz eingestellt werden.

Eine Versammlung der Bürgerschaft findet Montag den 17. Februar statt.

Die Schliersee'r Bauern haben sich gestern Abend vom hiesigen Publikum verabschiedet, nachdem sie nochmals zwei volle Häuser erzielt haben. Wieder war es das treffliche Zusammenspiel der Gesellschaft (sie alle fühlten sich als Glieder einer Kette), welches die Zuschauer zu Beifallsstürmen hinriß. Am Sonnabend hatten die Schliersee'r Rauchergerger's „Jägerblut“ wiederholt und gestern Abend gaben sie als Abschiedsvorstellung „Der Probenbauer“. Abermals schufen die sehnigen Gebirgs-kinder mit nur geringen Mitteln Großes. Kaver Terosal gab mit unerwüßlicher Komik den Durin. Dirnberger verkörperte trefflich den Berghofer, den Probenbauer, und Anna Dengg und Therese Dirnberger waren als Kathrie und Liesl so natürlich wie immer. Eine köstliche Gestalt bot Michael Dengg mit seinem Mathias. Auch Anna Reil (Basi), Mathias Gailing (Wolfgang) und Joseph Meth (Friedl) standen hinter den anderen keineswegs zurück. Besonders in der Schlussszene des 3. Aktes war Meth gut. Der „Schuhplattler“ mußte auf Verlangen zweimal getanzet werden. Dieser Tanz übt nun einmal eine mächtige Wirkung auf die Zuschauer aus. Er bildet eines der Hauptzugstücke der Schliersee'r Bauerntruppe. Die Schliersee'r haben unsere Stadt wieder verlassen. Während ihres nur kurzen Hierseins haben sie sich im Fluge die Herzen Aller erobert; im Interesse der Kunst hoffen wir, daß ihr Auftreten am hiesigen Orte befruchtend auf unsere Kunstverhältnisse wirken möge.

Arbeiterrisiko. Auf der Aktienfabrik verunglückte am Sonnabend Morgen der Lehrling Grube, indem er mit der rechten Hand zwischen die Rammräder gerieth. Ueber die Ursachen des Unfalles konnte nichts Bestimmtes festgestellt werden. Der Goldfinger wurde ganz zermalmt, während von dem kleinen Finger nur das Fleisch fortgerissen wurde. Grube wurde nach Anlegung eines Nothverbandes in das katholische Krankenhaus gebracht und dortselbst im Laufe des Nachmittags eine Operation unterzogen. Bei diesem Unfall stellte sich wieder einmal heraus, wie wenig auf die Vorschriften zur Unfallverhütung gegeben wird. In einem Verbandskasten befand sich nur etwas Watte; in einem zweiten, welcher zuerst nicht einmal aufgefunden werden konnte und dann mit Gewalt geöffnet werden mußte, befand sich außer verschiedenen Binden gerade so viel Verbandsleinen wie zur Anlegung dieses einen Nothverbandes erforderlich war. Bei einem zweiten Unglücksfall hätte nicht nur Weinen, sondern auch Karbolwasser gefehlt; dieses langte ebenfalls gerade für den einen Fall aus. Auch die Schutzbleche über den Rammrädern — der Unglücksfall passirte an einer Horizontalbohrmaschine — fehlten. Die Rammräder dieser Maschine liegen vollständig frei, so daß der Arbeiter beim Anhalten der Maschine bei der geringsten Unachtsamkeit in die Räder hineingerathen kann. Hoffentlich werden diese Uebelstände beseitigt.

Unglückte Brandstiftung. Am 24. Januar bemerkte der Husner Singelmann in Tramm, daß an einem Heudienen, den er abfahren wollte, ein Brandstiftungsversuch gemacht war. S. fand in dem Dienen eine Thonröhre, welche mit Petroleum durchtränkter Heede gefüllt war und in der Heede steckte ein Licht. Dem Umstande, daß der Thäter die Röhre mit einem Ziegelsleine zugebedt hatte, ist es jedenfalls zu danken gewesen, daß das angezündete Licht verloschte ohne zu zünden. Als dieser That dringend verdächtig erscheint der Wirth Brüggmann, welcher im verflissenen Jahre wegen eines ähnlichen Brandstiftungsversuchs bestraft wurde — Brüggmann hat bereits eingestanden, den Apparat in den Dienen hineingesteckt zu haben.

In der „Neuen Welt“ (Schmiedestraße) konzertiren im laufenden Monat „d'Fartthaler“, vier Damen und drei Herren unter Leitung von Michel Elmann. Die Mitglieder dieses Ensembles sind sämtlich Landsleute der Schliersee'r Bauern. Obwohl „d'Fartthaler“ noch jung sind, d. h. obwohl ihre Gesellschaft erst vor wenigen Monaten gegründet ist, so leisten sie doch sowohl in Gesangsvorträgen, wie auch im Zitherpiel ganz Vortreffliches. Das fast jeden Abend vollbesetzte Lokal — am Sonnabend fanden wir es gedrängt voll vor — beflaktet denn auch kräftiglich das Dargebotene und ist auch sonst sehr zufrieden mit den Leistungen. Der originelle Schuhplattler wird ebenfalls getanzet, wenn auch vielleicht nicht mit dem Feuer und Schneid der „Schliersee'r Bauern“, so doch immerhin in jeder Beziehung lobenswerth und korrekt. Wer die „Bauern“-Vorstellungen im Theater aus Zeit- oder auch Geldmangel nicht besuchen konnten, derartigen Sachen aber Interesse entgegenbringt: dem ist nur dringend zu empfehlen, einen Abend bei den „Fartthalern“ zuzubringen, er wird auf seine Kosten kommen. Für Freunde der Völkertunde bemerken wir noch ausdrücklich, daß sämtliche „Fartthaler“ ihr kleidsames Nationalkostüm tragen.

Hamburg. Von den drei in der Norddeutschen Bank verhafteten Personen wurde nur eine in Haft behalten, die beiden anderen wurden wieder freigelassen.

Altona. Eine seltsame Kranke wurde Donnerstag in der Person des Hansmädchens Emma Bülow aus Groß-Flotbek durch die Sanitätskolonne der Feuerwehr dem städtischen Krankenhause zugeführt. Das Mädchen schläft schon seit zwei Tagen und alle Bemühungen, es zu wecken, sind vergeblich gewesen. Die Athemzüge der Kranken sind regelmäßig und das Gesicht zeigt einen friedlichen Ausdruck. Die Aerzte haben bisher keine Diagnose fällen können und setzen ihre Beobachtungen fort.

Malslin. Nord aus Eiferjucht. Der Förster Rankow aus Dovesen hatte auf die schöne Tochter des Gastwirths Schild zu Hegeband bei Möbel ein Auge geworfen und glaubte, daß von ihr ein Anderer bevorzugt würde. Als er Abends wieder im Sandtruge war und die Tochter von der Hausthür zurückkam, bis zu der sie einige Gäste geleitet hatte, legte er auf sie an, so daß ihr die ganze Schrotladung in den Leib fuhr. Den zweiten Schuß feuerte er gegen seine Brust ab. Beide Verletzten lagen in ihrem Blute und starben erst nach entsetzlichen Qualen.

Sprechsaal.

(Dem Publikum gegenüber ohne Verantwortung.)

(Eingefandt.)

Da in nächster Zeit ein neuer Kursus des Arbeiterstenographen-Vereins, System „Neu Stolze“ eröffnet wird, richte ich an die Arbeiterschaft Lübecks die Bitte, sich an dem Kursus recht zahlreich zu betheiligen. Da unter den heutigen Verhältnissen insbesondere an die Arbeiter die größten Anforderungen gestellt werden, so sind dieselben gezwungen, ihr Wissen nach jeder Richtung hin zu bereichern. Hierzu gehört vor allen die Stenographie oder Schnell-schrift. Dieselbe ist in jeder Lebenslage mit großem Vortheil zu verwenden. Da aber bis jetzt den Arbeitern weder in der Schule, noch sonst im täglichen Leben Gelegenheit geboten ist, sich die Kenntnisse der Stenographie anzueignen, sind die Bestrebungen des Arbeiter-Stenographen-Vereins, welcher mit tüchtigen Lehrkräften, sowie Fachzeitung und lehrreicher Bibliothek ausgerüstet ist, nur zu unterstügen. Dieses können wir durch eine rege Betheiligung an dem Unterrichtskursus möglich machen.

Ein Arbeiter.

Sternschanz-Biehmarkt.

Hamburg, 8. Februar.

Der Schweinehandel verlief gut. Angeführt wurden 1220 Stück, davon vom Norden — Stück, vom Süden — Stück. Preise: Verlanthschweine schwere 42—44 Mk., leichte 43—44 Mk., Sauen 36—40 Mk. und Ferkel 40—43 Mk. pr. 100 Pfd.

Angelommene und abgegangene Schiffe in Travemünde.

Angelommen:

Sonnabend, den 8. Februar.

10,30 B. Anna Christine, Hagelstein, von Neustadt in 1 Tag.

Sonntag, den 9. Februar.

6,55 B. D. Jyden, Lumb, von Malmö in 17 Std.

7,10 B. D. Gitta, Bierstorf, von Vibau in 60 Std.

8,40 B. D. Ruffland, Ruppel, von Riga in 56 Std.

2.— R. D. Fredensborg, Hartmann, von Wlhyt in 92 Std.

Montag, den 10. Februar.

7,10 B. D. Halmstad, Sundin, von Kopenhagen in 12 Std.

Abgegangen:

Sonntag, den 9. Februar.

8,40 B. D. Ganja, Schmalfeld, nach Vibau.

10,30 B. D. Stadt Lübeck, Krause, nach Danzig.

10,50 B. D. Ruzil, Forsberg, nach Hangö.

12,05 R. D. Luba, Vomer, nach Königsberg.

12,45 R. D. Jyden, Sund, nach Helsingborg.

Wind und Wasserstand in Travemünde 8 Uhr. S.: 6,43 m B., mäßig.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Wir ersuchen unsere Leser, diejenigen Geschäfte, welche im „Lübecker Volksboten“ inserieren, zu berücksichtigen und bei event. Einkäufen sich auf unser Blatt zu beziehen.

Eine Wohnung zu vermieten.

Preis 140 Mark. Eschwigstraße 21 a.

Zu vermieten die 2. Etage nach vorne, bestehend aus 3 Zimmern, Küche mit Wasser und Ausguss. Mietpreis 200 Mk. Glockengießerstraße 24.

Junge Mädchen zur Erlernung der Nahrungsmittel. W. Stimm, Basauerstraße 10.

Ein Maurerlehrling zu Ostern gesucht. W. Möller, Krempelesdorf.

Gesucht ein jg. Knecht u. ein Schulkind zum Brodaustragen. Schumacherstraße 1.

Tägl. frische Heißweden empfiehlt W. Wilcken, Engelswisch 21.

Empfehle soweit der Vorrath reicht: **Weisse Bohnen (Medlbq.)** per Pfund 10 Pfg. Wilh. Bandholtz, Süßstraße 92.

Weissen Honig Pfund 50 Pfg., empfiehlt Wilh. Bandholtz, Süßstraße 92.

Pa. fettes Ochsenfleisch hält stets vorräthig A. König, Schlachter, Schwartau.

Nur noch kurze Zeit:
Gänzlicher Ausverkauf
des noch vorhandenen, zur Concursmasse des Kaufmanns Carl Schrader, Kurze Königstr. Nr. 129, gehörigen Waarenlagers zu besonders billigen Preisen Der Concursverwalter.

Wilh. Schnoor
Hinter St. Petri 7
liefert
Colonial- und Fettwaren
bei 5 Pfund Abnahme zu den billigsten Preisen.
Bitte sich zu überzeugen.

Alle kleinen Anzeigen
deren Aufgeber unbekannt bleiben wollen, wie beispielsweise: Stellengesuchen u. Angeboten, An- und Verkäufen, Vermietungen, Verpachtungen, Capitalgesuchen u. Angeboten etc. etc.
übernimmt unter strengster Discretion zum billigsten Preis in die für die betreffenden Zwecke jeweils bestgeeigneten Zeitungen die Centr.-Annoncen-Expedition von G. L. Daube & Co.*
Die unter Chiffre G. L. Daube & Co. einlaufenden Offertbriefe werden am Tage des Eingangs den Inserenten zugesandt.
*) In Lübeck Heinr. Raup, Schiffsmakler.

Photograph. Atelier „Nanon“
Lübeck, Klagenberg 8/9
liefert in bekanntester Ausführung:
12 Bist und 1 Cabinet für 5,50 Mk.
12 Cabinet für 15,- Mk.
Bei Vorzeigung dieser Annonce 10% Rabatt.
Sonntags bis Abends geöffnet.
Künstliche Zähne, garantiert brauchbar, bei billiger Berechnung.
Zahnziehen, auch schmerzlos. Plombiren.
Frau Elise Düffer, Huxstraße 40.

Oeffentliche Volks-Versammlung

am Montag den 10. Februar 1896, Abends 8^{1/2} Uhr
in den Central-Hallen.

Tages-Ordnung:

1. Hausindustrie, Arbeiterschutz, Schwitzsystem, mit besonderer Berücksichtigung der Confectionsbranche. (Referent: Herr Kölle-Hamburg.)
2. Diskussion.

Die Vertrauenspersonen.

Vor Nachahmungen wird gewarnt.

Vor Nachahmungen wird gewarnt.

Ein kräftiger Magen und eine gute Verdauung

sind die Fundamente eines gesunden Körpers. Wer sich Beides bis in sein spätestes Lebensalter erhalten will, gebrauche den seit Jahren durch seine ausgezeichneten Erfolge rühmlichst bekannten

Hubert Ullrich'schen Kräuter-Wein

Dieser Kräuterwein, aus vielfach erprobten und vorzüglich befundenen Kräutern mit gutem Wein bereitet, übt in Folge seiner eigenartigen und sorgfältigen Zusammensetzung auf das Verdauungssystem eine äußerst wohlthätige Wirkung aus und hat absolut keine schädlichen Folgen. Kräuterwein befördert eine regelrechte, naturgemäße Verdauung, nicht allein durch vollkommene Lösung der Speisen im Magen, sondern auch durch seine anregende Wirkung auf die Gallebildung.

Gebrauchsanweisung ist jeder Flasche beigegeben.

Kräuter-Wein ist zu haben zu Mk. 1,25 und Mk. 1,75 in: Lübeck, Schönberg, Schwartau, Dassow, Kitz, Travemünde, Grevesmühlen, Ralswiek, Gütin, Neustadt, Oldenburg i. Holst., Eismar, Ahrenshoop, Gleschendorf, Heiligenhafen, Segeberg, Burg a. B., Lütjenburg, Plön, Breech, Oldesloe, Reinfeld, Steinhorst, Ruffe, Mölln, Nehna, Wismar, Gadebusch, Schwerin, Wittenburg, Kiel, Neumünster, Altona, Hamburg u. s. w. in den Apotheken.

Auch versendet die Firma Hubert Ullrich, Leipzig, Weststraße 82, drei und mehr Flaschen Kräuter-Wein zu Originalpreisen nach allen Orten Deutschlands porto- und kistenfrei.

Vor Nachahmungen wird gewarnt!
Man verlange ausdrücklich:
Hubert Ullrich'schen Kräuterwein.

Ihre nur aus bestem Hopfen und Malz gebrannten Biere, Lager-, Tafel- und Münchener (nach Münchener Art gebraut), empfiehlt die **Adler-Brauerei.**
Inh.: G. Teichgräber.

Durch die Expedition des Lübecker Volksboten ist zu beziehen:

Ferdinand Lassalle's

Reden und Schriften.

Neue Gesamt-Ausgabe.

Heranzugehen im Auftrage des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands von Ed. Bernstein. Vollständig in 3 Bänden. Zu beziehen in 50 Lieferungen à Mk. —,20. Bandausgabe:

- Band I: geheftet Mk. 2,50, in Leinen gebunden Mk. 3,— in Halbfranz gebdn. (Eighabereiband) „ 4,—
- Band II: geheftet Mk. 4,—, in Leinen gebunden „ 4,50 in Halbfranz gebdn. (Eighabereiband) „ 5,50
- Band III: geheftet Mk. 3,50, in Leinen gebunden „ 4,— in Halbfranz gebdn. (Eighabereiband) „ 5,—

Zur Beurteilung der geschichtlichen Entwicklung und des Wesens der deutschen Sozialdemokratie ist diese Gesamtausgabe unentbehrlich. Der erste Band ist mit einem Stahlstichportrait Lassalle's geschmückt.

Feinste Meierei-Butter

1 Pfund 95 Pf. H. Wiedow, Engelsgrube 3.

Expedition des Lübecker Volksboten

35/37 Grosse Alteschule 35/37

- ist zu haben:
- Bebel, Aug. Die Sozialdemokratie und das allgemeine Stimmrecht. Mit besonderer Berücksichtigung des Frauen-Stimmrechts und Proportional-Wahlsystems. 25
 - Berg, W. R. Leben und Wirken Ferdinand Lassalle's. 10
 - Hoffmann, Adolf. Die Sozialdemokraten kommen. 10
 - Kunert, Fritz. Die heilige Vehmische Militarismus. Nach kriegsgerichtlichen Erkenntnissen. 25
 - Lampa, Anton, Dr. Naturkräfte und Naturgesetze. Compl. in 12 Heften à 20
 - Liebkecht, Wilh. Wissen ist Macht. Macht ist Wissen. Festrede, gehalten zum Stiftungsfest des Dresdener Bildungvereins am 5. Februar 1872. 30
 - Mehring, Franz. Herrn Eugen Richter's Bilder aus der Gegenwart. 30
 - Wurm, Emanuel. Die Naturerkenntnis im Lichte des Darwinismus. 50
 - Die Invaliditäts- und Altersversicherung der Arbeiter. Nach dem Reichsgesetz vom 22. Juni 1889 kurz und übersichtlich dargestellt. Zum Handgebrauch für bei Ausführung des Gesetzes Beteiligte. 25

Des Seemanns Leben und Leiden. 25
Warnung für Die aus dem Binnenland. 40
Das illustrierte Buch der Erdkunde. Lieferungen à Heft 10 Pf.

Besonders empfehlen wir noch das Abonnement auf:
Die neue Zeit. Revue des geistigen öffentlichen Lebens. Wöchentlich 1 H. à 20 Pf.

Der wahre Jacob. Reich illustriertes Witzblatt à 10 Pf.

Süddeutscher Postillon. Reich illustriertes Witzblatt à 10 Pf.

Gesang-Verein „Eintracht“

Sonntag den 16. Februar 1896

Sozialer Abend

verbunden mit Theater-Aufführung
Der Jesuit und der Freidenker

Zuspiel in 3 Akten
im Lokale des Herrn Frahm, Concordia-Garten
Anfang 6 Uhr. Ende 2 Uhr
Anfang der Theateraufführung 7 Uhr.

Das Fest-Comité.
NB. Mitgliedsarten müssen vorgezeigt werden.

Concordia-Garten

Einladung zum

Familien-Ball

am Donnerstag den 13. Febr. 1896
Anfang 8 Uhr.
Ergebenst F. Frahm.

Berein für Gesundheitspflege und Naturheilkunde

(arzneilose Heilweise)

Ordentliche Hauptversammlung

am Mittwoch den 12. Februar,
Abends 8^{1/2} Uhr,
im Saale des Bürgervereins,
Königsstr. 25.

Tages-Ordnung:

1. Jahresbericht.
2. Bericht der Rechnungsprüfer.
3. Wahl zweier Rechnungsprüfer für das Jahr 1896.
4. Wahl des ersten Vorsitzenden, des Kassiers und eines Beigeordneten, welche sachungsgemäß auszuwählen.
5. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Stadttheater in Lübeck

Dienstag den 11. Februar:

84. Abonnements-Vorstellung. 6. Serie: Gräfin. Anfang 7 Uhr. Opernpreise.

Tristan und Isolde

Mittwoch den 12. Februar:

83. Abonnements-Vorstellung. 5. Serie: Braut. Anfang 7 Uhr. Schauspielpreise.

Das Schooskind

Zuspiel in 3 Akten von Bruno Köhler.
Freitag den 14. Februar:

Templer und Jüdin

(Benefiz für Herrn Regisseur Schertel.)

Die Hygiene des Backens und der Bäckereien.

In der Deutschen Gesellschaft für öffentliche Gesundheitspflege in Berlin sprach am Montag Abend Dr. Jürgensen-Kopenhagen, der im Auftrage der dänischen Regierung die Bäckereibetriebe in den europäischen Kulturstaaten in Bezug auf ihre hygienischen Einrichtungen studirt hat, über das Thema: „Die Hygiene des Backens und der Bäckereien.“ Er führte aus, daß er nirgend in den Bäckerei-Betrieben auch nur die bescheidensten hygienischen Anforderungen erfüllt gesehen habe. Die besten Bäckereieinrichtungen habe er in Deutschland in Berlin und Dresden und in Wien gefunden, aber auch diese haben die geringsten Ansprüche der Hygiene unbefriedigt gelassen. Am schlimmsten sah es darin in den Wiener Bäckereien aus. Etwas günstiger lagen die Verhältnisse in England. Was Reinlichkeit angeht, sind die Bäckereien in Holland allen anderen als Muster voranzustellen, insbesondere die Bäckerei in Amsterdam und Rotterdam. Obwohl auch nicht den hygienischen Anforderungen genügend, habe er die vorgeschrittensten Einrichtungen in der Ceres-Bäckerei zu Amsterdam und in der Militärbäckerei zu Berlin (Königsstraße) angetroffen. Als geradezu entsetzlich und ekelhaft müsse er die „Reinlichkeitsverhältnisse“ in den „Feinbäckereien“ bezeichnen. Die Ursachen dieser Mißstände liegen seiner Ueberzeugung nach theils in dem Umstande, daß jeder, ohne genügende Mittel für eine gesundheitliche Anlage, das Bäckereigewerbe betreiben kann, theils in den baulichen Verhältnissen der Großstädte, welche die Bäckereianlagen in enge, dumpfe Keller verbannt haben, theils aber auch in dem zähen Festhalten an althergebrachten Sitten. Eine Abhilfe sei nur möglich durch strenge baupolizeiliche Vorschriften für Bäckereianlagen und durch eine Bäckereiordnung für den Betrieb. Er habe seine Beobachtungen über die Mißstände im Bäckereigewerbe und Vorschläge zur Abhilfe derselben in einer Schrift niedergelegt, dafür aber bisher keinen Verleger finden können. Der Vortragende behandelte sodann an der Hand einer Zeichnung die Anlagen von Bäckereien, wie dieselben zur Zeit sind und wie sie den bescheidensten hygienischen Anforderungen entsprechend sein sollten, sowie auch den Betrieb selbst. Die Nothwendigkeit einer Reform des gegenwärtigen Bäckereigewerbes spreche bei der ungeheuren Wichtigkeit dieses Nahrungsmittelgewerbes für die gesammte Bevölkerung und der Leichtigkeit der Uebertragung von Krankheitsstoffen für sich selbst. Die Mehrzahl der Bäckereianlagen befinde sich in engen, dumpfen Kellern, mit den Schlafräumen für die Arbeiter, ja mit Abritten direkt in Verbindung stehend; die „Beute“ mit dem Knetisch, an der feuchten Vorderfront unterhalb der Fenster angebracht, eine Brnstätte für Schwaben, Kellervärmer und Ohrwürmer, die gelegentlich in das Mehl, auch selbst in den Teig hineingerathen. Zumeist sind altmodische Backöfen mit Vorderheizung (Handheizung) vorhanden, die nach der Anfeuerung mit alten Lumpen

gereinigt werden. Auf diese so gereinigten Stellen kommt alsdann die Backwaare zu liegen, was gewiß nicht Appetit erweckend ist. Uebemäßige Hitze und heiße Wasserdünste erfüllen den Backraum und verdichten den umherfliegenden Mehlstaub an den Wänden und den Einrichtungen der Backstube zu einer dichten Kruste, den Nährboden für Schimmelbildung und Bakterien. Kein Wunder, daß die Mehrzahl der Bäckereiarbeiter an Lungen- und Hautkrankheiten, wie an Verkümmungen des Körpers leiden.

Der Vorschlag des Vortragenden ging dahin, daß aus hygienischen Gründen die unterirdischen Bäckereianlagen aus den Zentren der Großstädte zu verbannen und nach der Peripherie zu verlegen sind, wo der billigere Grundbesitz die Anlage zu ebener Erde und mehr den Anforderungen der Hygiene entsprechend ausgeführt werden kann. Um die Uebertragbarkeit von Krankheitsstoffen zu mindern, müssen Vorschriften über die periodische Reinigung der Backräume erlassen und die Ausführung dieser Bestimmungen streng überwacht werden. Aus dem gleichen Grunde müssen in den Bäckereien mehr maschinelle Einrichtungen getroffen, insbesondere Knetmaschinen benutzt werden. Mit der ärztlichen Untersuchung und Behandlung der Bäckereiarbeiter sind besondere Ärzte zu betrauen, welche auch die Befolgung der hygienischen Vorschriften zu überwachen haben. Die Arbeitszeit in den Bäckereibetrieben darf aus hygienischen Gründen nicht 14 bis 16 Stunden, wie bisher, betragen, sondern ist durch Tag- und Nachtschichten mit einer Arbeitszeit von höchstens zwölf Stunden zu regeln. Die Austheilung (der Verkauf) der Backwaare hat durch ein besonderes Personal zu geschehen, das gesund und reinlich sein muß.

Der Vortragende verhehlte sich nicht, daß die Ausführung einer derartigen Reform auf große Hindernisse stoßen werde und bei den alten Bäckereianlagen unausführbar sein wird. Aber jede Reform sei auf Hindernisse gestoßen, die schließlich doch überwunden wurden. Bei Reuanlagen lasse sich diese Reform schon jetzt durchführen, wenn nur der gute Wille vorhanden ist. Das Bäckereigewerbe könne diese Reform sehr wohl ertragen und wird dieselbe auch ertragen lernen, denn wie ihm im preussischen Handelsministerium mitgetheilt worden, beabsichtige die Regierung für das Bäckereigewerbe den zwölfstündigen Arbeitstag einzuführen; sei dies erst geschehen, dann werde die Einführung der andern Reformen auch nicht so schwer werden. Man müsse erst einmal anfangen, mit dem Altgewohnten zu brechen.

In der Diskussion stellte Bäckereimeister Wilhelmi in Abrede, daß die Mißstände im Bäckereigewerbe so trüb liegen, wie der Vortragende sie schildert. In seiner Fabrik seien zumeist Maschinen eingeführt; wo Schäden vorhanden, seien dieselben mehr auf die von den Hauswirthen gemachten verfehlten Anlagen zurückzuführen.

Medizinalrath Dr. Menger hielt den Vortrag für nützlich. Auch er kenne diese Schäden im Bäckereigewerbe aus eigener Erfahrung, der große Prozentsatz der Kranken im Bäckereigewerbe sei auf diese Schäden zurückzuführen. Aus eigener Erfahrung wisse er auch, daß die Zubereitung der Backwaare eine oft geradezu ekelhafte ist.

Reformen müßten im Bäckereigewerbe unter allen Umständen eingeführt werden.

Geh. Sanitätsrath Dr. Baer (Oberarzt im Strafgefängnis Plöthen) stellt fest, daß die meisten Bäckereien aus der Lehre laufen, weil sie in der schamloseten Weise ausgebeutet werden und statt Essen Brügel bekommen. Nicht nur vom Meister, sondern auch von den Gefellen. Im Bäckereigewerbe thuen Reformen sehr dringend noth.

Bäckereimeister Becker giebt die größten Schäden zu, meint aber, daß die Berliner Hausbesitzer, die unerfättlichen Miethsteiger, die Hauptschuld daran tragen. Würde ein Berliner Bäckereimeister, den hygienischen Anforderungen entsprechend, seinen Backraum umbauen lassen, so hätte er nicht nur diese Kosten zu tragen, sondern der Hauswirth würde ihn dann auch stugs steigern.

Dr. Jabad ist der Ansicht, daß mit dem zunehmenden Großbetriebe im Bäckereigewerbe auch die Schäden in demselben verschwinden werden. So lange aber, bis der Kleinbetrieb in den Großbetrieb übergegangen, könne man doch nicht warten. Die medizinischen Fachgenossen müßten deshalb der Sache ihre Aufmerksamkeit zuwenden und eine Revisionskommission einsetzen, welche sich von den vorhandenen Schäden überzeugt und staatliche Eingriffe herbeiführt. Durch den Mund des stellvertretenden Vorsitzenden Medizinalrath Dr. Wernich ließ die Versammlung dem Vortragenden ihr Einverständnis mit seinen Ausführungen ausdrücken, nachdem Medizinalrath Dr. Menger die Institution staatlicher Ärzte für den Bäckereibetrieb für unausführbar bezeichnet hatte.

Soziales und Partei-Leben.

Die Verleumdungen gegen unseren Genossen Dreesbach in Mannheim, welche zur Zeit der Landtagswahl erhoben worden sind, selbstverständlich von Nationalliberalen, haben seinerzeit berechtigtes Aufsehen erregt, da sie von einer bisher im politischen Leben beispiellosen Frechheit zeugten. Der letzte Akt des Verleumdungsfeldzuges sollte nun dieser Tage vor dem Gericht in Karlsruhe spielen und gegen die nationalliberalen „Schmierfinken“ Flach und Klotz verhandelt werden. Es hatten sich zahlreiche Berichterstatter, namentlich auch von auswärtig, so einer aus Berlin, eingefunden, aber umsonst. Die Verhandlung wurde trotz energischen Einspruchs des Genossen Dreesbach und seines Rechtsbeistandes auf unbestimmte Zeit vertagt. Die Beklagten wollen die Komödie — denn so muß dies Gebahren bezeichnet werden — noch weiter spielen und den Beweis der Wahrheit erbringen, wozu sie noch der Zeit bedürfen, da es ihnen innerhalb vier Monate, während welcher Frist die Klage anhängig gemacht, nicht gelungen ist, Beweismittel zu finden. Der Amtsrichter motivirte den Vertagungsbeschluß angeblich durch die von den liberalen Herren gegen Dreesbach erhobene Gegenklage. Demgegenüber sei festgestellt, daß Genosse Dreesbach den Klägern hierzu in keiner Weise Anlaß und Grund gegeben hat. Dem Kläger ist der Vertagungsbeschluß erst am Tage vor der Verhandlung, am 4. d., Abends 6 Uhr, seitens des Amtsrichters in Karlsruhe telegraphisch mit-

Der Sperlingskrug.

Novelle von Otto Freitag

(13. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Mit einem innigen Blick auf die beiden Menschen, denen sie so fern stand und die ihr doch eine so herzliche Theilnahme entgegenbrachten, sprach Walpurga:

„Ihr könnt und sollt es wissen, was zwischen mir und dem Manne liegt, dessen Haus ich mit Widerwillen betrat. Es ist dies durchaus kein Geheimniß, obwohl die Erinnerung daran mich wirklich sehr unangenehm berührt.“

Der Schulze schwieg; er hatte nichts mehr einzuwenden.

„Es wird Euch nicht unbekannt geblieben sein“, begann Walpurga nach einigem Nachdenken, „daß Matthias Fischer sich um meine Hand beworben hat, wenigstens entnahm ich dies aus Andeutungen, welche ich heute auf dem Friedhofe hörte, als ich mir einen Weg durch die Menge bahnte.“

Ohne Walpurga zu unterbrechen gaben der Schulze und seine Frau zu erkennen, daß ihre Annahme ganz richtig sei.

„Wie es möglich wurde, daß die Bewerbung Fischers in die Dörslichkeit drang, begreife ich nicht“, fuhr Walpurga weiter fort, „und wahrscheinlich beruht das Gerede der Leute auf Annahmen, welche in den häufigen Besuchen Fischers in meines Vaters Hause ihre Begründung finden.“

„Die Sache aber verhält sich so:

„Matthias Fischer, welchen der Zufall zu uns führte, wurde unser täglicher Gast. Obwohl ich und mein Vater keine Erklärung für die plötzliche Freundschaft des finsternen Mannes fanden, so mochte mein Vater denselben doch auch nicht zurückweisen, da er in sein Be-

nehmen durchaus keine Veranlassung gab, unhöflich gegen ihn zu sein.“

„Die Macht der Gewohnheit, welche eine so große Rolle spielt im menschlichen Dasein, übte auch auf meinen Vater ihre Wirkung, und ihm, der nie mit Männern verkehrte, waren die Besuche Fischers endlich ein Bedürfniß geworden.“

„Um mich kümmerte sich der Letztere wenig, niemals wandte er sich im Gespräch direkt an mich, und ich, daß ich es offen gestehe, fühlte vom ersten Augenblick die Abneigung gegen unsern Gast, die ich nie zu verwinden vermochte.“

„Gegen meinen Vater äußerte ich mich nie darüber, da ich für meinen Widerwillen keine Gründe anzugeben wußte. Bei den Unterhaltungen der beiden Männer, welche sich meist um Dinge drehten, die meinem Wirkungskreise vollständig fern lagen, gab ich stets die stumme Zuhörerin ab.“

„Eines Abends — ich war in der Küche beschäftigt, Matthias Fischer war wieder zum Besuch da — vernahm ich von der Wohnstube her das ausgelassene Lachen meines Vaters, worauf er mit lauter Stimme meinen Namen rief.“

„Neugierig, was die Heiterkeit des ersten Mannes in solchem Maße erregt habe, folgte ich seinem Rufe und trat in die Wohnstube. Mein Vater saß, noch immer aus vollem Halse lachend, am Tisch, ihm gegenüber Matthias Fischer, mit finstern zusammengezogenen Brauen vor sich hinblickend.“

„Da ist das Mädel, fragt sie selbst“, rief mein Vater lustig; „wenn sie Euch eine bejahende Antwort giebt, mir soll's recht sein!“ — Ich wußte nicht, was ich aus der Sache machen sollte. — „Denke Dir“, sprach mein Vater, da Fischer trotz seiner mir dunklen Aufforderung zum Sprechen beharrlich schwieg, „Freund Fischer hatte es sich in den Kopf gesetzt, Dich zu heirathen. Nun, sage

ihm Deine Meinung. Willst Du seine Frau werden oder nicht?“

„Verlegen stand ich den beiden Männern gegenüber, von denen der am meisten Beteiligte in einer peinlichen Lage sich befand; ich errieth, was vorgegangen, und nachdem ich die erste Bestürzung über die mir unvermuthete Frage überwunden, war ich über meine Antwort einig, obwohl ich die Art und Weise nicht billigte, in welcher mein Vater den Heirathsantrag Fischers behandelte.“

„Nun, so sprich doch, Mädel“, drängte mein Vater, „willst Du die Frau unseres Freundes werden?“ — „Nein!“ entschied ich einfach. — „Da hört Ihr es selbst“, sprach mein Vater, sich zum Ernst zwingend; „mein nein, Nachbar, solche Idee laßt Euch nur vergehen, das Mädel könnte ja Eure Tochter sein, und nimmer würde das eine glückliche Ehe geben. Solch ein junges Blut gesellt sich gern zu seinesgleichen, das will zu seinem Gefährten durch das Leben einen Mann haben, der das Leben noch vor sich hat, der mit starken Armen sein Weib stützen kann, wenn des Schicksals rauhe Stürme über sie hereinbrechen, von dem sie nicht zu fürchten hat, daß er bei einem zu starken Wogenanprall der Lebenswellen über Bord geworfen wird.“

„Matthias Fischer ergriff, nachdem mein Vater geredet hatte, Hut und Stod, reichte dem Vater seine Hand und sagte: „Ihr habt recht, Wurdorf, ich habe mir die Sache nicht ordentlich überlegt. Seid mir deshalb nicht böse und erlaubt, daß ich ferner noch Euer Haus besuchen darf.“ — Mit herzlichen Worten bewilligte mein Vater diese Bitte. Während dieses Vorganges stand ich in peinlicher Verlegenheit an der Thür und fing den Blick tiefsten Hasses auf den Fischer auf meinen Vater warf, während er ihm die Hand zum Abschied drückte. Eine seltsame Angst ergriff mich bei dieser Wahrnehmung

geheißt worden. Man ist versucht, über ein solches Verfahren allerlei Betrachtungen anzustellen, insbesondere aber auch deshalb, weil die „Vad. Landeszeitung“ vor Kurzem in andere Hände überging, von Flach und Kloss nicht mehr gezeichnet wird und das Gerücht geht, daß beide Herren aus der Redaktion des Blattes demnächst ausscheiden werden. Das merkwürdige Gebahren dieser Rechtspflege wurde am Donnerstag im badischen Landtage besprochen. Der Abgeordnete Dreesbach verwies bei Beratung des Justizetat auf seinen Prozeß mit den beiden Redakteuren der „Vad. Landeszeitung“, dessen Termin in letzter Stunde wieder abgesetzt worden sei, obschon vier Monate seit der Klage in's Land gegangen. Er wie das Haus hätten ein Interesse daran, daß endlich festgestellt werde, ob der Landtag einen Betrüger in seinen Reihen habe oder nicht; es sei endlich einmal an der Zeit, dieses Verleumdungshandwerk in gebührender Weise zu kennzeichnen. Der Ministerialdirektor v. Neubronn wußte darauf nichts zu erwidern, als daß die Behörde nicht in der Lage sei, Vertagungsanträge von Gerichten zu verhindern.

Die Berliner Droschkentaxen planen einen allgemeinen Streik zur Eröffnung der Ausstellung.

Ein Kongreß der Handlungsgehilfen Deutschlands wird von dem Berliner Agitationskomitee auf den 5. und 6. April (Osterfeiertage) nach Erfurt einberufen.

In Heidenheim haben die bürgerliche Kollegien beschlossen, ein Arbeitsamt in's Leben zu rufen, das am 1. April in Thätigkeit treten soll.

Aus Nah und Fern.

Eine merkwürdige Berufskrankheit. Besonders für Futtmacher interessant ist ein Prozeß, den dieser Tage das Reichs-Versicherungsamt beendete. Der Futtmacher Frankenberg war in Folge einer Krankheit gestorben, über deren Natur die Ansichten der Aerzte recht erheblich auseinandergingen. An dem rechten Mittelfinger Frankenberg's waren zuerst gelbe und rothe Flecke aufgetreten, es gefellte sich Anschwellung hinzu, das Krankheitsbild dehnte sich immer weiter aus und als Frankenberg gestorben war, fand man an verschiedenen Stellen seines Körpers große Eiterherde. Die Berufsgenossenschaft verneinte das Vorliegen eines Betriebsunfalles lehnte es daher ab, den Hinterbliebenen eine Rente zu gewähren. Die Berufung beim Schiedsgericht hatte keinen Erfolg, da die Sachverständigen einen Zusammenhang zwischen der Betriebsfähigkeit und dem Tode des Frankenberg nicht erkennen konnten. Alsdann legten die Hinterbliebenen Rekurs beim Reichsversicherungsamt ein, welches Professor Fürbringer ersuchte, ein Obergutachten zu erstatten. Letzterer kam zu einem überraschenden Ergebnis: er konnte feststellen, daß Frankenberg der Rostkrankheit erlegen sei. Nicht allein das Pferd, sondern auch Kaninchen, Hunde und Katzen gehörten zu den für diese Krankheit empfänglichen Thieren. Da nun Frankenberg mit Hasen- und Kaninchenfellen zu arbeiten hatte, so sei anzunehmen, daß Frankenberg durch diese angesteckt worden sei. Sei aber Frankenberg an Rost zu Grunde gegangen, so habe er mit einer an Gewißheit grenzenden Wahrscheinlichkeit nicht nur die Wunde für die Infektion, sondern auch den Infektionsstoff selbst von seiner Berufsarbeit bezogen. Diesem Obergutachten schloß sich das Reichsversicherungsamt an und verurtheilte die Genossenschaft zur Rentenzahlung.

Wegen Benutzung zu großer Bierseidel ist, nach einer Meldung der Berliner Gastwirthszeitung, ein schlesischer Gastwirth von der Polizei in Strafe genommen worden. Der betreffende Restaurateur hatte etwa 30 Bierseidel, die auf $\frac{1}{10}$ geachtet waren, jedoch einen größeren Inhalt besaßen. Der Wirth, der keine Ahnung davon

hatte, schänkte diese Gläser zu seinem Schaden stets vorschriftsmäßig „voll“ aus. Hinter diese „betrügerische“ Manipulation kam aber die Polizeibehörde gelegentlich einer Kontrolle, und ahndete die „Gefahrübertretung“; sie konfiszirte sämtliche Gläser und außerdem ist der Schankwirth dafür, daß er den Gästen mehr Bier, als er es notwendig hatte, geschänkt, zu einer Geldstrafe verurtheilt worden.

Nach ist süß! Ein alter Prozeßmeier, bekannter Bürger in einer kleinen Stadt Westpreußens hatte (der „Danz. Btg.“ zufolge) kürzlich einen Prozeß verloren und jetzt sollte er seinem Rechtsanwalt obenein noch die Rechnung für juristischen Rath und Beistand bezahlen. Ergrimmt darüber malte der ärgerlich gewordene Klient seinem Rechtsbeistand mit großen Kreidebuchstaben die Inschrift an die Thür: „Hier ist guter Rath theuer!“ Wie man munkelt, soll die Angelegenheit Anlaß zu einem neuen Prozeß gegeben haben.

Einen prächtigen Gewerbegerichtsvorsitzenden besitzt die Stadt Ludwigshafen (Pfalz). Im bayerischen Landtag führte der Abgeordnete Ehrhart am 4. d. M. aus: Am Gewerbegerichte in Ludwigshafen haben sich allerdings, namentlich unter dem Vorsitze des Forstmeisters a. D., Moos, recht merkwürdige Dinge abgespielt. Derjelbe hieß die Arbeiter in die Ecke treten und verhängte über einen Mann, der nicht Folge leistete, eine zweifelhafte Haftstrafe, die schließlich mit dem Polizeidienner im Wirthshaus abgeessen werden mußte. Redner hat selbst mit angehört, wie dieser Vorsitzende einmal äußerte: „Jetzt haltet einmal das Maul, sonst schlage ich Euch hinter die Ohren, daß Euch der rothe Saft aus dem Munde spritzt“; die Besißer waren oft empört über die Art und Weise, wie die Arbeiter zum Vergleiche gezwungen wurden. Eine solche Art und Weise ist unwürdig eines Gewerbegerichts. Ein Urtheil, in welchem einem Arbeiter etwas über M. 100 zugesprochen wurden, konnte nach 4 Wochen nicht mehr aufgefunden werden, weshalb der Fall nochmals verhandelt werden mußte.

Mannheim. In der Berufungsinstanz wurde Mittwoch vor der hiesigen Strafkammer über die bekannte Privatbeleidigungsklage des Redakteurs der in Frankfurt am Main erscheinenden „Kaufmännischen Presse“, Dr. Quarc, gegen den hiesigen Amtsrichter Nedel verhandelt. Der Beklagte hatte in einer Urtheilsbegründung einen Artikel der „Kaufm. Presse“ als „gehässig und unverschämt“ bezeichnet. Das Schöffengericht hatte den von Dr. Quarc wegen dieser Ausdrücke verklagten Richter freigesprochen. Die vom Rechtsanwalt Löwenthal-Frankfurt a. M. vertretene Berufung Dr. Quarc's gegen dieses Erkenntniß wurde verworfen. Das Gericht war der Anschauung, daß der Unterrichter berechtigt, ja gezwungen gewesen sei, den fraglichen Artikel in Berücksichtigung zu ziehen. Die gebrauchten Ausdrücke seien vielleicht etwas stark, aber eine Ehrenkränkung könne darin nicht gefunden werden. — Wenn aber ein Redakteur solche starke Ausdrücke gebraucht, ist es natürlich eine Beleidigung, die fürchterlich „gerochen“ werden muß.

Wie offiziös gelogen wird. Die „Agence Balcannique“ meldete dieser Tage: Da die Aerzte der Prinzessin Maria Luise, der Fürstin von Bulgarien, deren Gesundheit seit mehreren Monaten angegriffen ist, empfohlen haben, sich nach der Riviera zu begeben, wird dieselbe morgen mit dem Orient-Expresszug nach Südfrankreich abreisen. — Eine frechere Lüge ist wohl schon seit lange nicht mehr in die Welt gesetzt worden. Die Gesundheit der Prinzessin ist nicht angegriffen; sie will einfach nicht mehr mit einem Manne haufen, der aus der Religionszugehörigkeit seines Kindes ein Geschäft macht.

und kaum vermochte ich den Gruß des Scheidenden zu erwidern.

„Als wir allein waren, machte ich meinem Vater leise Vorwürfe über die Art, mit welcher er die Werbung Fischers behandelt; ich theilte ihm meine Bemerkung mit und bat ihn, sich vor dem scheinbaren Freund in acht zu nehmen, den er sich heut in einen Feind verwandelt, denn nach dem tüchtigen Blick zu urtheilen, den ich aufgefassen, würde Matthias Fischer ihm niemals die Beleidigung vergessen, die er ihm in meiner Gegenwart angethan.“

„Mein Vater wollte davon nichts hören. Wenn solcher alter Gesell noch auf Heirathsgedanken käme, meinte er, und gar seinen Sinn auf ein achtzehnjähriges Mädchen richtete, so verdiene das eine Lektion, und die Medizin, die er ihm verabreicht, sei am besten geeignet, ihn ein für allemal von seiner Krankheit zu heilen. Im übrigen aber fürchte er den Haß Matthias Fischers durchaus nicht und würde vorkommenden Falls demselben schon zu begegnen wissen.“

„Die Zukunft bestätigte meine Befürchtung in keiner Weise. Nach wie vor besuchte Fischer unser Haus, ohne jemals durch ein Wort oder eine Miene an jenen Auftritt zu erinnern, und zwischen ihm und meinem Vater herrschte das beste Einverständnis. — Wie unangenehm es mich berührte, als ich das Haus jenes Mannes betrat und gezwungen war, eine Nacht in demselben zu verbringen, mögt Ihr nach dem Gehörten ermeßen“, schloß Walpurga, „und Ihr werdet jetzt die Haft begreifen, mit welcher ich Euch folgte.“

Der Schulze nickte beistimmend mit dem Haupt. „Hätte ich eine Ahnung von diesem Vorgang gehabt“, sagte er sinnend, „so hätte ich Dir diese unangenehme Rück Erinnerung erspart, allein ich glaubte in Deinem

Interesse zu handeln, und gerade das Gerücht, nach welchem er Dir näher stehen sollte, brachte mich zu dem Glauben, daß Du in seinem Hause am besten aufgehoben seiest.“

Noch mancherlei wurde gesprochen in dem kleinen Kreise, was auf die Ereignisse der jüngsten Tage Bezug hatte. Der Schulze war indes einsilbiger geworden; nur selte mischte er sich mehr in die Unterhaltung, welche von den beiden Frauen fast allein geführt wurde.

Der Abend dämmerte bereits herein, die Schulzin stand im Begriff, das Zimmer zu verlassen, um nach dem Abendbrot zu sehen, als sich die Thür öffnete und die hohe Gestalt Gotthold Möllers sichtbar wurde.

Walpurga fuhr erschrocken zusammen bei dem unerwarteten Anblick des jungen Mannes, eine dunkle Röthe schloß ihr in das Gesicht, unwillkürlich erhob sie sich von ihrem Platz, mit einer Hand nach der Stuhllehne greifend, als bedürfe sie einer Stütze.

Der Schulze ging seinen Gast entgegen und begrüßte ihn.

Nur wenige Worte wechselte Gotthold mit dem Schulzen; langsam trat er an Walpurga heran.

„Walpurga“, begann er mit einer Stimme, welche die tiefe Bewegung erkennen ließ, die ihn ergriffen; „mein Kommen betrifft Dich. Schon gestern habe ich von unserm Freund dort, der sich für unser beiderseitiges Schicksal lebhaft interessiert, die Erlaubniß erhalten, einige Worte zu Dir sprechen zu dürfen. Ich halte es für nöthig, dies voraus zu schicken, damit Du nicht durch meine nachfolgende Worte zu der Annahme gelangst, es hätte Deine Theilnahme bei dem Begräbniß meiner Mutter mich zu diesem Schritt veranlaßt.“

Walpurga sah dem Sprecher mit ihren dunklen Augen

Versammlungs-Anzeiger.

- Veränderungen sind der Expedition anzugeben.
- „Sozialdemokratischer Verein“, jeden Montag nach dem 1. eines jeden Monats in Stehr's Etablissement.
 - „Vereinigung der deutschen Maler und Lackirer“, jeden Montag nach dem 1. und 15. jeden Monats bei Zeele, Leberstraße.
 - „Unterstützungs-Verein der Bildhauer Deutschlands“, jeden 2. und letzten Sonnabend im Monat bei Numohr, Marlesgrube.
 - „Deutscher Metallarbeiter-Verein“, jeden Mittwoch nach dem 1. und 15. jeden Monats bei Zeele, Leberstraße.
 - „Verband der deutschen Hafenarbeiter“, jeden 2. Mittwoch nach dem 1. und 15. jeden Monats bei Neumann, Fünshausen.
 - „Zentralverein der deutschen Former“, jeden 2. Montag nach dem 1. jeden Monats bei Zeele, Leberstraße.
 - „Deutscher Schneider- und Schneiderinnen-Verein“, jeden 2. Montag nach dem 1. und 15. jeden Monats bei Zeele, Leberstraße.
 - „Unterstützungs-Verein der Tabakarbeiter“, jeden Dienstag nach dem 1. des Monats, bei Numohr, Marlesgrube.
 - „Allgemeiner Verein der Töpfer und verwandten Berufsgenossen Deutschlands“, jeden 2. Dienstag nach dem 1. und 15. jeden Monats bei Zeele, Leberstr.
 - „Verband deutscher Zimmerleute“, jeden Dienstag nach dem 1. und 15. jeden Monats, bei Spayrman, Hundestr.
 - „Centralverband deutscher Manrer und verw. Berufsgenossen“, jeden Mittwoch nach dem 1. und 15. jeden Monats, bei Neumann, Fünshausen.
 - „Vereinigung aller im Schmiede-Gewerk beschäftigten Arbeiter“, bei Spayrman, Hundestr., jeden ersten Sonnabend nach dem 15. jeden Monats.
 - „Deutscher Holzarbeiter-Verein“, jeden 2. Mittwoch nach dem 1. und 15. jeden Monats bei Zeele, Leberstraße.
 - „Verband der Bäcker“, jeden 1. Sonntag im Monat bei Schönborg, Gasthaus „Stadt Schleswig“, Hundestr. 14.
 - „Verband deutscher Buchdrucker“, jeden letzten Sonnabend im Monat im „Goldenen Apfel“, Schmiedestraße.
 - „Steinindustrie-Arbeiter“, jeden Sonnabend vor dem 1. eines jeden Monats bei Schönborg, Böttcherstraße 18.
 - „Verband der Brauer“, jeden 1. Donnerstag im Monat bei Neumann, Fünshausen.
 - „Verein der Flusskiffer und verwandten Berufsgenossen“, Mitgliederversammlung jeden ersten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr im Lokale des Herrn Stoffers, Debenan 27.
 - „Centralverein der deutschen Böttcher“, Versammlung jeden zweiten Sonnabend nach dem 1. eines jeden Monats bei Zeele.
 - „Verein deutscher Schuhmacher“, jeden 1. Dienstag nach dem 1. und 15. jeden Monats bei Zeele, Leberstraße.
 - „Verband deutscher Müllergehilfen“, jeden letzten Sonntag im Monat bei Zeele, Leberstraße.
 - „Vereinigung der Frauen und Mädchen Lübeck“, jeden 2. Freitag nach dem 1. im Monat bei Zeele, Leberstraße.
 - „Verein der Hüter und Kleinhändler“, jeden 1. Sonntag nach dem 1. und 15. eines jeden Monats bei Neumann, Fünshausen.
 - „Verband der Banarbeiter und Berufsgenossen Deutschlands“, jeden ersten Freitag nach dem 1. und 15. eines jeden Monats bei Zeele.
 - „Arbeiter-Turnverein“. Jeden Dienstag und Donnerstag Abend von 8-10 Uhr Übung, sowie jeden 2. Mittwoch im Monat Monatsversammlung in Stehr's Etablissement, 2. Wallstraße.
 - „Arbeiter Radfahrer-Verein“. Jeden ersten Freitag im Monat bei Numohr, Marlesgrube.
 - „Allgemeiner Arbeiterverein für Moisting und Umgegend“. Mitgliederversammlung jeden Sonnabend nach dem 1. eines jeden Monats im Lokale des Herrn Seeler.
 - „Schwartzau-Menselb.“ „Sozialdemokratischer Verein“, jeden letzten Donnerstag im Monat bei Sternberg in Menselb.
 - „Sozialdemokratischer Verein für Storkelsdorf und Umgegend.“ Jeden ersten Sonntag im Monat bei Herrn L. Paetan in Gadenburg.
 - „Arbeiter-Verein Wilhelmshöhe“, jeden zweiten Freitag im Monat im Lokale des Gastwirth Weiß.
 - „Fachverein der Musiker“. Jeden Mittwoch nach dem 1. und 15. jeden Monats von 10-12 Uhr Vormittags bei Neumann. Beitrittsanmeldungen beim Vorsitzenden Dohrendorf, Schwartzauer Allee 90b, und Kassirer Quersurth, Schägenstr. 24.
 - „Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen“. Jeden 2. Freitag nach dem 15. eines jeden Monats bei Zeele.
 - „Verband der Schiffszimmerer“. Jeden 2. Sonnabend Abend im Monat bei Gennburg, Bedergrube 44.
 - „Luba“. Jeden 2. Montag im Monat.

fragend in das Angesicht; sie wußte sich diese seltsame Einleitung nicht zu deuten.

„Ein trauriges Geschick hat uns beide hart betroffen“, fuhr Gotthold fort; „mir hat es die Mutter, Dir den Vater geraubt. Härter indeß als ich, leidest Du unter des Schicksals Schlag, denn der gräßliche Verdacht, der auf Deinem Vater ruht, schmerzt mehr, als wenn der Tod ihn Dir geraubt hätte. Ich, der Sohn der Erschlagenen, komme nun zu Dir, um frei und offen zu bekennen, daß ich nicht an die Schuld Deines Vaters glaube, daß mein Herz ihn frei spricht von jeglichem Verdacht, so schwer die Beweise auch wiegen, welche gegen ihn sprechen.“

Mit vorgestreckten Armen, mit angehaltenem Athem hatte Walpurga diesen Worten gelauscht, sie wollte jetzt sprechen, allein die Stimme versagte den Dienst, und von ihren Gefühlen überwältigt, brach sie in heiße Thränen aus, die ersten, die sie seit der Verhaftung ihres Vaters weinte.

Die Schulzin war zu dem erregten Mädchen getreten und hatte sie mit ihren Armen liebevoll umfassen; Gotthold reichte mit einem sprechenden Blick dem Schulzen seine Hand. Lange und innig betrachtete er dann die Weinende, welche sich endlich gewaltsam emporraffte.

„Ich danke Dir, Gotthold“, sprach sie unter Thränen, ihm ihre Hand entgegenstreckend. „Deine Worte haben mein großes Leid gemildert. Wenn Du so über meinen Vater denkst, dann wird seine Unschuld bald an den Tag kommen, und hoffnungsreich schaue ich in die Zukunft.“

Sie wollte ihre Hand zurückziehen, da sie den warmen Druck fühlte, mit welchem Gotthold sie festhielt; dieser verhinderte sie daran.

(Fortsetzung folgt.)